ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der

DFG-VK

Der Kampf um Würde im Land der Verbrecher

Wehrmacht-Deserteur Ludwig Baumann zum 90. Geburtstag

Die DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
verleiht

Ludwig Baumann

die Ehrenmitgliedschaft für
sein langes und bewundernswertes Engagement
für Frieden und für eine Welt
ohne Kriegsvorbereitung und Krieg.

Ludwig Baumann entschloss sich als Wehrmachtssoldat,
den Krieg zu verweigern, weil er das Töten
nicht mehr mitmachen wollte.
Seit vielen Jahren setzt er sich für die Rehabilitierung
der Kriegsdienstverweigerer, „Wehrkraftzersetzer",
Deserteure und „Kriegsverräter" des Zweiten Weltkrieges ein.

Er stellt dabei einen Bezug zur Gegenwart her
und bezieht die Aussage „Kriegsverrat ist Friedenstat"
auch auf die heutige Zeit.

Einstimmiger Beschluss des Bundeskongresses der DFG-VK, Leipzig, 2. Oktober 2011

Titel

Der Kampf um Würde im Land der Verbrecher 4
Der Wehrmacht-Deserteur Ludwig Baumann blickt auf sein 90-jähriges Leben zurück

Sonnhild Thiel 9
Ein langer schwerer ... erfolgreicher Weg
Ludwig Baumann zum 90. Geburtstag

Detlef Mielke 10
Ein Deserteurdenkmal für Hamburg
Desertion und Kriegsdienstverweigerung zum Thema machen

Geschichte

Frank Brendle 12
Je näher an der Gegenwart, desto stärker wird die Propaganda
Das neue Militärhistorische Museum in Dresden

Antimilitarismus

Lothar Eberhardt 14
Friedensarbeit mit gespitztem Bleistift
Ein Comic zu Waffen, Rüstung und Heckler & Koch

Cornelia Mannewitz 16
Zivilklauseln gegen Militarisierung
Lehre und Forschung müssen friedlich bleiben

Transnationales

Stephan Brües 15
„Ein anderer Irak ist möglich!"
Zivilgesellschaftliche Ansätze in der Autonomen Kurdischen Region

Christoph Neeb 16
Pink is hot, war is not!
War-Starts-Here-Action-Camp in Lulea in Schweden

Pazifismus

Joachim Schramm 20
„Organisiert die Welt"
Tagung anlässlich der des 100. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an den DFG-Gründer Alfred Hermann Fried

Literaturhinweise

Ulrich Frey 22
Gewaltlos gegen den Krieg
Die Lebenserinnerungen des streitbaren Pazifisten Andreas Buro

DFG-VK-intern

Stefan Philipp 24
Ergebnisse des DFG-VK-Bundeskongresses in Leipzig

Nachruf auf Rüdiger Pusch 27

Impressum 25
Briefe 26

PAXX 2

Peace Action Trainings – Schulfrei für die Bundeswehr 2. bis 4. März 2012, Jugendkulturzentrum FORUM, Mannheim

Die Bundeswehr versucht, zunehmend größeren Einfluss auf das Bildungswesen zu nehmen, um die Sicherheits-(Kriegs-)politik der Bundesrepublik Deutschland darzulegen. Mittlerweile haben acht Bundesländer Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, die der Bundeswehr bzw. den Jugendoffizieren Vorrang in den Bildungseinrichtungen einräumen. Die Arbeit von Jugendoffizieren in Schulen soll dabei verbessert werden. Insbesondere in die Ausbildung der ReferendarInnen und die LehrerInnenfortbildung sollen Jugendoffiziere stärker eingebunden, so genannte Bildungsangebote der Bundeswehr in Medien der Kultusministerien veröffentlicht werden.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr" will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären und setzt sich dafür ein, die Kooperationsvereinbarung in Baden-Württemberg zurückzunehmen, auf dem Weg zur einer bundeswehrfreien Schule, um langfristig Militärs aus allen Bildungseinrichtungen zu verdrängen. In vielen anderen Bundesländern gibt es Projekte, Netzwerke und Initiativen in ähnlicher Richtung

Im Rahmen der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr" und der vielen weiteren Aktivitäten im Bundesgebiet findet PAXX 2: Peace Action Trainings vom 2. bis 4. März in Mannheim statt, um damit vielfältige Anstöße für Aktionen u.a. an Schulen zu geben.

Alle weiteren Informationen ab Mitte Dezember im Internet unter:

www.paxx-action.net

Dringend nötig: ein GI-Café in Kaiserslautern

Die USA unterhalten derzeit eine Vielzahl an Militärbasen in Deutschland, in denen zehntausende Soldaten stationiert sind, darunter Kaiserslautern als größte US-Militärgemeinde außerhalb der USA. Diese Präsenz ist ein entscheidender Bestandteil für die militärischen Aktivitäten in Irak und Afghanistan. Um dieser Militärpräsenz entgegenzutreten und den zahlreichen kritischen Stimmen innerhalb des US-Militärs eine Plattform zu geben, plant das *Military Counseling Network* gerade in Kaiserslautern, ein GI-Café zu eröffnen. Dass es dafür einen Bedarf gibt, zeigen die zwei GI-Cafés bei den Militärbasen Fort Hood (Texas) und Fort Lewis (Washington). Dorthin kommen jeden Monat hunderte SoldatInnen und informieren sich über ihre Rechte und organisieren den Widerstand gegen die heutigen Kriege.

Chris Capps-Schubert und seine Frau Meike Schubert hatten bereits ein Lokal in günstiger Lage gemietet und saßen schon in den Startlöchern, als die Vermieter einen plötzlichen Rückzieher machte und den Vertag kündigte. Neben Räumlichkeiten benötigen sie und das *Military Counseling Network* auch Spenden, um die Auslagen bezahlen zu können.

Spendenkonto
beim Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee (DMFK)
KSK Heilbronn, BLZ 620 500 00, Konto: 21 24 00 69, Stichwort: GI-Café

Redaktion **ZivilCourage**
Postfach 900843, 21048 Hamburg
Telefon 040-58966161 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage" und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil" heraus.

Foto: Peter Tobiassen

Liebe Leserin, lieber Leser,

im 90. Psalm heißt es: „Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn es hochkommt, so sind's 80 Jahre...“

Ludwig Baumann feiert nun Mitte Dezember seinen 90. Geburtstag, glücklicherweise einigermaßen gesund und sehr klar im Kopf. Und blickt auf ein Leben zurück, dass uns manches lehren kann:

Dass wir uns entscheiden müssen gegen Unrecht. Er hat das als Soldat 1942 getan und ist aus der Wehrmacht desertiert, weil er den „Wahnsinn des Krieges“ nicht länger mitmachen wollte; weil er selber leben wollte, und weil andere leben sollten und nicht durch ihn sterben.

Dass wir bereit sein müssen, die Konsequenzen unserer Entscheidungen und unserer Handlungen zu tragen. Glücklicherweise wird uns das heutzutage nicht, wie damals Ludwig Baumann, in die Todeszelle führen. Aber auch für uns können Entscheidungen gegen das Unrecht und gegen Krieg notwendig und richtig sein, die riskant sind.

Dass wir einen langen Atem brauchen und nicht aufgeben dürfen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Deserteure und „Kriegsverräter“ endlich rehabilitiert wurden. Gegen den hartnäckigen Widerstand derer, die aus der Geschichte nichts lernen wollten und wahrscheinlich, wenn sie könnten, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure immer noch „an die Wand stellen“ würden.

Das wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Ziele kämpfen müssen. Alleine hätte Ludwig Baumann die Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure nicht erreicht. Die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ war sein Forum und die Solidarität vieler Gruppen der Friedensbewegung haben dazu beigetragen, dass die Politik nicht mehr „nein“ sagen konnte.

Dass es in unserem Leben um Würde geht. Ein auf den ersten Blick vielleicht altmodischer Begriff, der aber für mich durch das Vorbild Ludwig Baumanns mit seiner Desertion und seinem langen Kampf um Rehabilitierung und gegen Unrecht einen lebendigen Inhalt bekommt. Und damit auch die Garantie des Artikels 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ beispielhaft konkret macht.

Stefan Philipp

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-887 10 14, schaedel@dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-887 10 14, mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de, www.nrw.dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 034299-76637, lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-454 25

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14.- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift ×

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto

BLZ

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

×

Der Kampf um Würde im Land der Verbrecher

Der Wehrmacht-Deserteur Ludwig Baumann blickt auf sein 90-jähriges Leben zurück

Hitler sagte: „Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muss sterben.“ Das haben die Wehrmachtrichter umgesetzt. Sie haben an uns Wehrmachtdeserteuren die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen: Über 30.000 Todesurteile, über 20.000 Hinrichtungen und bis zu 100.000 Verurteilte, die Konzentrationslager, Straflager oder Strafbataillone nicht überlebten. Viele der Richter haben nach dem Krieg Karriere gemacht, einige sind sogar bis zu Bundesrichtern aufgestiegen. Sie haben die Nachkriegsrechtsprechung entscheidend mitgeprägt.

Hätten sie uns rehabilitiert, hätten sie befürchten müssen, selbst angeklagt zu werden. Erst als keiner mehr von ihnen im Amt war, hat der Bundesgerichtshof, vielleicht in später Reue, festgestellt: Die Wehrmachtjustiz war eine „Blutjustiz“. Die Richter hätten sich – so der Bundesgerichtshof wörtlich – wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen verantworten müssen. Im Westen ist nicht einer von ihnen bestraft worden. Die wenigen Richter, die in der DDR bestraft wurden, wurden 1992 mit dem so genannten Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz alle rehabilitiert, die Urteile aufgehoben, auch wenn sie Dutzende oder Hunderte Todesurteile gefällt hatten. Wir waren dagegen bis zum Jahre 2002 vorbestraft!

„Krieg machen wir nicht mit!“

Anfang 1941 wurde ich zur Kriegsmarine eingezogen. Ich kam an die Kanalküste und später zur Hafenkompanie nach Bordeaux.

Warum ich desertieren wollte – das ist die schwierigste Frage. Also ich kann mich erinnern, dass Hitler im Radio und in den Wochenschauen immer wieder „Lebensraum für das deutsche Volk im Osten“ forderte, und dass ich mich – ganz unpolitisch, wie ich war – gefragt habe, was das denn für die Menschen, die dort im Osten leben, bedeutet. Sollen diese nun vertrieben werden oder Schlimmeres?

Die Wehrmacht hat die Länder Europas überfallen, eines nach dem anderen, auch die Sowjetunion. Das war für mich ein Schlüsselerlebnis. Bis 1942 sahen wir in der Heimat und an der Front, auch in Frankreich, wo kein wirklicher Krieg war, die Bilder von Siegesmeldungen. Und wir sahen die Bilder der riesigen Kesselschlachten, wo Hunderttausende sowjetische Kriegsgefangene auf freiem Feld eingekesselt waren. Bis Moskau – ein Blitzsieg sollte das ja werden, genau wie in Polen und Frankreich. Und dann kam der frühe und extrem kalte Winter 1941/42. Da erfroren auch deutsche Soldaten. In der Heimat liefen deshalb Kleidersammlungen, aber die liefen nur für deutsche Soldaten.

Wir, mein Freund Kurt Oldenburg – auch aus Hamburg – und ich, haben uns gefragt, was ist mit den russischen Kriegsgefangenen, die mit leichter Kleidung auf freiem Feld, zu Hunderttausenden, zu Millionen, ausharren mussten? Die müssen ja alle erfrieren und verhungern! So war es dann auch. Wir haben uns gesagt: Also diesen Krieg wollen wir nicht mitmachen. Ich wollte vor allen Dingen kein Soldat sein, wollte keine Menschen töten, keine Verbrechen begehen. Ich wollte ganz einfach leben.

10 Monate in der Todeszelle

Wir beide desertierten 1942, wurden an der Grenze zum unbesetzten Frankreich verhaftet und in Bordeaux zum Tode verurteilt. Sowohl bei der Vernehmung als auch in der Todeszelle wurden wir gefoltert, weil wir ihnen unsere Freunde und Fluchthelfer nicht verraten haben.

Ich war zehn Monate in der Todeszelle. Tag und Nacht an Händen und Füßen gefesselt. Jeden Morgen, wenn die Wachen wechselten, dachte ich, jetzt holen die mich raus. Es war so ein Grauen! Es verfolgt mich bis heute.

Warum sie uns gefesselt haben? Wir hatten mit Spaniern, wir sagten: Rotspanier, einen Ausbruchversuch geplant. Sie waren vor Franco, vor dem Krieg geflüchtet. Es waren etwa 90 Männer, auch Jungs dabei, von zehn, elf, zwölf Jahren. Dieser Ausbruchversuch ist aufgeflogen. Etwa drei Wochen später wurden die Angehörigen dieser spanischen Geiseln auf den Gefängnishof gebracht. Und wir konnten durch die Gitter sehen, dass sie ihre Männer und Kinder in die Arme nahmen, schrieen und sie nicht loslassen wollten. Wir sahen Soldaten, die sie auseinander rissen, brutal, und die Geiseln und die Kinder, die wurden alle umgebracht.

Beim Heer und bei der Luftwaffe wurden ca. 30 Prozent der Verurteilten begnadigt. Das hieß aber nicht, dass sie auch überlebten: Die meisten Begnadigten sind dann in KZs oder Straflagern umgekommen. Bei der Marine wurde im Allgemeinen, wohl vor dem Hintergrund, dass die Meutereien am Ende des Ersten Weltkriegs von der Marine kamen, nicht begnadigt. Und Dönitz – seit Januar 1943 Nachfolger von Großadmiral Raeder als Oberbefehlshaber der Marine – hat ganz klar gesagt und schriftlich festgelegt: Bei ihm wird kein Deserteur begnadigt.

Großadmiral Raeder hat einem Geschäftsfreund meines Vaters, der sich für mich an seinen früheren Kameraden Raeder wandte, geantwortet, dass er sich durch persönliche Beziehungen nicht beeinflussen lasse. Er könne ihm aber mitteilen, dass er den jungen Baumann und den jungen Oldenburg begnadigt habe und es jetzt bei ihnen liege, dem Führer durch Mut und Tapferkeit zu beweisen, dass sie der Begnadigung würdig seien. Meine Schwester ist nach Berlin zum Marineministerium gefahren und hat das offiziell erfahren. Weil ich die Franzosen nicht verraten habe und weil wir einen Ausbruchversuch gemacht hatten, war noch gar nicht klar, ob neue Anklage erhoben werden sollte. Wir durften schreiben, meist einmal im Monat, manchmal auch öfters. Post empfangen durften wir auch, nur die Post meines Vaters und meiner Schwester bekam ich nicht ausgehändigt, weil etwas über meine Begnadigung drin stand. Mein Vater und meine Schwester konnten aus meiner Post wiederum sehen, dass ich von meiner Begnadigung nichts wusste.

Aus meiner Akte habe ich erfahren, dass ich am 29. April 1943 dem Kommandanten des Gefängnisses in Bordeaux gefesselt vorgeführt worden bin. Mir wurde die Gnadenentscheidung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vom 20. August 1942 mitgeteilt.

Ludwig Baumann: „Ich wollte kein Soldat sein, wollte keine Menschen töten, keine Verbrechen begehen. Ich wollte ganz einfach leben.“

Nach der Logik Hitlers und des deutschen Militärs hätte Ludwig Baumann seit 1942 tot sein müssen – so wie Zehntausende anderer Wehrmachtsoldaten, die das Unrecht des Krieges nicht mehr länger mitmachen wollten, desertiert sind und dafür ermordet wurden.

Das Grauen des Krieges hat er überlebt. Und traf in den Jahrzehnten danach auf einen deutschen Staat, der zwar als Antwort auf die Nazi-Diktatur gegründet wurde, aber teilweise an den Nazi-Vorstellungen festhielt. Erst vor zwei Jahren wurden endlich die letzten Urteile der verbrecherischen NS-Militärjustiz aufgehoben.

Ludwig Baumann ist ein lebensbejahender Mensch, der sich dem Unrecht verweigert und für das Recht auf Leben und die Würde des Menschen kämpft. Kein Held. Aber Vorbild.

Am 13. Dezember wird er 90 Jahre alt.

Foto: Lothar Eberhardt

Dieser Text von Ludwig Baumann ist dem soeben erschienenen und sehr lesenwerten Buch entnommen „Mit reinem Gewissen. Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer“ (hrsg. von Joachim Perels und Wolfram Wette; Aufbau-Verlag, Berlin 2011, 474 Seiten, 29,99 Euro, ISBN 978-3-351-02740-7)

Perels und Wette leiten unter der Überschrift „Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats durch Wehrmachtsjuristen? Ein unbekanntes Kapitel der Geschichte der Bundesrepublik“ den Sammelband ausführlich ein. In sieben Kapiteln beleuchten Fachleute wie z.B. Detelf Garbe, Norbert Haase, Manfred Messerschmidt, Günter Saathoff, Helmut Kramer alle Aspekte der bis heute viel zu wenig bekannten Wirkungsgeschichte der früheren „Mörder in der Robe“ in der Bundesrepublik. Die Kapitel lauten „Gescheiterte justizielle Verfolgung der Wehrmachtrichter und Gerichtsherren“, „Die Wehrmachrichter und ihre Opfer“, „Selbstrechtfertigungen und Freisprüche in eigener Sache“, „Nachkriegskarrieren von Wehrmachtjuristen“ „Zum Wirken von Wehrmachrichtern in der Bundesrepublik“ und „Der lange Kampf der Justizopfer um ihre Würde“. Abgeschlossen wird das Buch mit dem leider höchst aktuellen Kapitel „Liebäugeln mit einer neuen Militärjustiz?“. Entstanden ist der Band durch das anlässlich des 80. Geburtstag von Helmut Kramer im letzten Jahr veranstaltete Symposium „Der Kampf um die Vergangenheit – Zur Karriere deutscher Wehrmachtsjuristen aus Opfersicht“ in Hannover.

Ich war also nach sieben Wochen begnadigt worden, habe es aber nicht erfahren. Acht Monate war ich begnadigt in der Todeszelle. Und mein Vater – das ist ganz tragisch –, der hat immer voller Angst gedacht, nun erfährt er mit der nächsten Post, dass ich doch hingerichtet worden sei. Er hat deshalb sogar nochmals bei offizieller Seite nachgefragt: „Ich erlaube mir höflichst, mich auf Ihr obiges Schreiben zu beziehen. Da mein Sohn von seiner Begnadigung noch nichts weiß, kommen mir Zweifel, ob diese vielleicht inzwischen rückgängig gemacht worden ist. Ich bitte Sie darum recht höflich um Mitteilung, ob die vom Herrn Großadmiral ausgesprochene Begnadigung auf zwölf Jahre Zuchthaus noch in Kraft ist oder inzwischen geändert wurde.“

Kanonenfutter im Strafbataillon

Wir, mein Freund Kurt Oldenburg und ich, kamen dann nach Esterwegen, ein KZ im Emsland. Im Krieg gab es dort mehrere Lager für Wehrmachtsoldaten, die mit Zuchthaus bestraft und wehrunwürdig waren oder gegen die ein Todesurteil gefällt worden war, wenn sie begnadigt wurden.

Wenn die Verurteilten die Emslandlager überlebten, kamen sie in andere Wehrmachtgefängnisse, meist in die Wehrmachtgefängnisse in Torgau, an den zentralen Ort unserer Verfolgung, wo ab 1943 auch das Reichskriegsgericht tagte. Dort wurden wir geprüft, ob wir körperlich und charakterlich geeignet seien, Soldat zu sein. Letztlich waren wir es alle, damit wir als Kanonenfutter verheizt werden konnten. Über 1.300 Torgauhäftlinge wurden erschossen, erhängt oder enthauptet. Auch mussten wir oft bei Hinrichtungen zusehen – zur Abschreckung, wie es hieß. Weit über 10 000 Menschen haben die Haftbedingungen nicht überlebt oder sind durch Folter umgekommen. Manchmal bekamen wir Jacken, die hatten vorne einen kleinen Flicken, hinten einen großen Flicken. Dann wussten wir: In dieser Jacke war jemand erschossen worden.

Diejenigen, die Torgau überlebten, kamen zu den Strafbataillonen. Bei Kriegsende sind diese Bataillone nur noch an der zusammenbrechenden Ostfront eingesetzt worden, dort, wo mit der Taktik der „verbrannten Erde“ alles niedergemacht wurde, ganze Dörfer mitsamt den Einwohnern. Dort wurden wir hereingeschmissen, um mit unserem Leben den chaotischen deutschen Rückzug zu decken. Fast keiner von uns hat überlebt. Auch mein Freund Kurt Oldenburg nicht. Wenn bei uns im Strafbataillon jemand schwer verwundet war, einen Arm oder ein Bein verloren hat oder andere schwere Verwundungen davontrug, haben wir ihn beglückwünscht, dass er nun vielleicht doch nach Hause kam und überleben konnte.

Ich wurde verwundet und kam nach Brünn ins Lazarett. Dort war ich auch mit Soldaten anderer Einheiten zusammen, also solchen aus den Bewährungsbataillonen. Ein tschechischer Arzt, der dort dienstverpflichtet war, behandelte meine Verwundung so, dass sie nur langsam heilte und ich dort fast bis zum Kriegsende bleiben konnte. Wenn das herausgekommen wäre, wäre das als Selbstverstümmelung ausgelegt worden. Wir wären schwer bestraft worden.

Einer der Kameraden sollte zurück ins Strafbataillon. Das wollte er natürlich nicht. Deshalb hat er sich dann im Bad, wo auch die Heizung war, eine ganze Schüssel kochendes Wasser über den nackten Körper gegossen, nur damit er da nicht wieder hin musste. Sehr wenige von uns haben den Krieg überlebt.

Demütigungen nach dem Krieg

Nach dem Krieg haben wir gehofft, dass unsere Handlungen anerkannt werden würden. Wir sind aber nur als Feiglinge, als Kriminelle, als Vorbestrafte, als Verräter beschimpft worden, wenn wir uns gemeldet haben.

Zuerst hatten wir überhaupt keine Verbündeten, später, viel später hatten wir in der Friedensbewegung der 80er-Jahre einzelne Verbündete, die sich zum Beispiel für Deserteursdenkmäler einsetzten. Das erste Deserteursdenkmal wurde in Kassel aufgestellt, dann eins in Bremen und so fort. Das waren ganz kleine Gruppen, meist Privatinitiativen.

Wir sind wirklich an diesem deutschen Staat verzweifelt, und die meisten von uns, die wenigen Überlebenden, sind einfach entwürdigt gestorben – viel zu früh, weil man ohne Würde nicht leben kann.

Mein Vater ist auch an Kummer gestorben, der hat das im Krieg alles mitbekommen – auch nach dem Krieg, wie sie mit mir umgegangen sind, hat er mitbekommen.

Ich war so traumatisiert, dass ich dem Alkohol verfallen bin. Es ist ja so: Wenn man so weit herunter ist, kann man die Ursachen nicht erkennen. Ich habe seinen ganzen Besitz in kürzerer Zeit mit Anderen, die auch kaputt waren, vertrunken. Dann bin ich nach Bremen gekommen und habe meine Frau kennengelernt. Trotzdem habe ich mich nicht fangen können und weiter getrunken. Meine Frau war natürlich unglücklich, weil es auch am Nötigsten fehlte. Und dann ist meine Frau bei der Geburt des sechsten Kindes verstorben. Erst von da an habe ich Verantwortung für die Kinder, und auch für mich, übernehmen können, dürfen. Ich habe das erste Jahr gar nicht zum Grab meiner Frau gehen können. Mein zweitjüngster Sohn ist öfter hingegangen. Jetzt fahre ich jede Woche mit dem Fahrrad hin. Und ich denke, es ist in Ordnung. Mit Schuldgefühlen habe ich meinen Kindern auch nicht helfen können. Im Gegenteil. Aber ich kriege diese Schuldgefühle nicht ganz weg. Da kommt vieles zusammen.

Ich hatte auch meine eigene Geschichte als Deserteur nicht mehr wahrgenommen. Und dann ist in Bremen-Vegesack, wo ich wohne, ein kleines Deserteursdenkmal eingeweiht worden. Das steht heute noch da. Wenn wir einen Film drehen, drehen wir ihn oft bei diesem kleinen Ding. Später sagte unser damaliger Bürgermeister Wedemeier: Immer wenn er zur Hardthöhe, zu Verteidigungsminister Wörner muss, dann muss er sich anhören, dass das Denkmal weg müsse. Sonst bekomme Bremen keine Rüstungs-

aufträge mehr. Ich war ja in der Friedensbewegung, aber mein Schicksal hatte ich einfach nicht so wahrgenommen. Mir ist klar geworden: Rüstung hat ja auch heute mit Krieg zu tun. Und seitdem beziehen wir das kleine Deserteursdenkmal in unseren Kampf ein. Das war 1986 und hat mich damals dazu gebracht, mein Schicksal wieder in die Hand zu nehmen und darum auch zu kämpfen.

Ähnlich ging es den meisten Opfern der Kriegsgerichte: Unsere Leute waren einfach kaputt, auch weil sie nach dem Krieg so demütigend behandelt wurden. Wir haben keine richtige Arbeit bekommen, wir waren ja vorbestraft.

Militärjustizopfer treffen sich

Die Gründung unserer Bundesvereinigung war auch von Friedensbewegten aus Initiativen für Deserteursdenkmäler, dem renommierten Historiker Manfred Messerschmidt und anderen angeregt worden. Diese Initiativen und Leute haben zu uns ehemaligen Deserteuren gesagt: Ihr müsst das machen. Wir bleiben eure Lobby, wir kriegen das aber alleine nicht hin; ihr müsst das in die Hand nehmen.

Ich wollte das eigentlich nicht, weil ich mich in der Friedensbewegung recht wohl fühlte. Ich habe dann aber zugestimmt. Wir haben Adressen aus dem Emsland bekommen, wo im Krieg viele von uns inhaftiert waren. 37 Leute, Überlebende, darunter eine Frau sind Ende Oktober 1990 zusammengekommen. Wie ich schon sagte, waren wir meist ziemlich kaputt, daher haben die Angehörigen sie meist begleitet.

Es war schon spannend: Wir haben uns am Vorabend der Vereinsgründung, einem Freitagabend, getroffen – diesen ersten Abend, den hätte man aufzeichnen müssen! Viele haben ihr Leben lang, auch gegenüber den Angehörigen, nicht darüber sprechen können. Und dann haben einige gesprochen. Andere haben geweint. Das war wirklich ein ganz ergreifender Abend.

Am nächsten Tag ging es ans Eingemachte. Dann war da die Satzung. Die war aus Sicht einiger Leute eher für einen Sportverein geeignet, und jeder wollte seine Meinung einbringen. Wir haben gemerkt, wir kommen so nicht zu einem Ende, am Sonntagmittag musste Schluss sein. Wenn wir es bis dann nicht geschafft hätten, hätten wir nie wieder zusammengefunden.

Manfred Messerschmidt hat gesagt, Ludwig, jetzt übernimm du mal die Sache. Ja, und dann habe ich gesagt: Jetzt wird nicht lange debattiert. Ja oder nein, Hand hoch oder nicht. Dann wurde die Satzung umgearbeitet – wir hatten gute Leute, die uns begleiteten. Sonntagmittag bis zum Mittagessen, sozusagen mit dem Gongschlag, hatten wir es geschafft und die *Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V.* gegründet. Seitdem kämpfen wir in der Öffentlichkeit, aber besonders auch im Bundestag um Rehabilitierung, um Aufhebung der Urteile, um unsere späte Würde.

Nato-Krieg verhindert Rehabilitierung

Als wir anfingen zu kämpfen, habe ich mich an viele Leute in Bonn gewandt, das damals Bundeshauptstadt war. Da wir kein Geld hatten, konnte ich dort in der Evangelischen Studentengemeinde wohnen. Ich hatte auch mit Prominenten, die auf unserer Seite waren, zum Beispiel mit Frau Süssmuth, Gespräche. Willy Brandt hat nicht geantwortet. Ich kann nur vermuten, dass er wegen der Diffamierungen als Vaterlandsverräter gegen ihn und seine Vergangenheit – dass er es wohl darum nicht getan hat.

Wir sind in den zuständigen Ausschüssen für Verteidigung, Innenpolitik und im Rechtsausschuss sowie im Plenum des Bundestags immer wieder gescheitert. Die Begründung unserer Gegner war immer: Wir können nicht rehabilitiert werden, weil damit alle anderen Soldaten der Wehrmacht ins Unrecht gesetzt werden ürden. Und – ganz offiziell – wir können nicht rehabilitiert werden, weil damit der Auftrag und die Moral der Bundeswehr untergraben werde.

Nun möchte ich Desertion gar nicht glorifizieren. Aber wir Deserteure der Wehrmacht sollten ja eigentlich Vorbilder für die Bundeswehr sein. Denn wollte sie einen Krieg führen wie die Wehrmacht, so wären alle Soldaten der Bundeswehr nach der Verfassung in der Pflicht zu desertieren; verbrecherische Kriege und Befehle sowie ihre Befolgung stehen heute unter Strafe. Und wir könnten ja auch in der Geschichte sehen und, wenn wir wollten, aus ihr lernen, dass die Soldaten bei uns immer – nicht nur im Zweiten Weltkrieg – missbraucht wurden und sich haben missbrauchen lassen, alles zu zerstören: fremde Länder, das eigene Land, auch sich selbst. Und sie haben ja hinterher nie sagen können, was der, den sie töteten, ihnen getan hat.

Vor dem Krieg der Nato gegen Jugoslawien 1999 waren die allermeisten aus der SPD auf unserer Seite, die Grünen auch. Bei den anderen Fraktionen war Norbert Blüm sehr auf unserer Seite. Blüm wollte das Grundsatzurteil des Bundessozialgerichts vom 11. September 1991, in dem die Wehrmachtjustiz als eine Terrorjustiz und die Richter als Blutrichter bezeichnet werden, in seinem Ressort umsetzen. Im Gegensatz dazu wollte Klaus Kinkel, der damalige Justizminister, es nicht umsetzen und der damalige Finanzminister Theo Waigel hat jede Entschädigung abgelehnt. Aber Blüm hat gesagt, er setzt das Urteil um. Dieses Urteil war ein Grundsatzurteil für die Aufhebung – nein, nicht für Aufhebung: für die Unrechtserklärung aller Urteile gegen uns. Vom Bundestag wurde das nicht übernommen. Trotzdem hat uns dieses Urteil sehr sehr geholfen. Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16. November 1995 hat uns auch geholfen. Aber das hat die Bundesregierung nicht von ihrer Meinung abgebracht. Die wollte Deserteure nicht rehabilitieren.

Erst aufgrund einer Entschließung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde 1996 ein neuer Antrag für unsere Rehabilitierung in den Bundestag eingebracht.

Der erste Punkt lautete: Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen. Diese Formulierung hat der Bundestag auf Anregung von Herta Däubler-Gmelin, damals in der Opposition, übernommen. Allerdings wurde der Antrag so verwässert, dass zumindest die Deserteure sich damit nicht rehabilitiert fühlen konnten, auch nicht symbolisch.

Der damalige Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) hat später einen Antrag zur Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile eingebracht. Gemeint waren die Urteile des Volksgerichtshofs der Sondergerichte und die Urteile gegen uns – zwei Drittel aller Todesurteile waren ja gegen uns Deserteure gefällt worden. Die SPD und die Grünen haben den Antrag noch verbessert. Das ging aber nicht mit der

Ingeborg Bachmann

Alle Tage

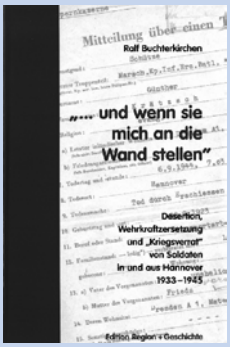
Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt.
Das Unerhörte ist alltäglich geworden.
Der Held bleibt den Kämpfen fern.
Der Schwache ist in die Feuerzonen gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld,
die Auszeichnung der armselige Stern
der Hoffnung über dem Herzen.
Er wird verliehen,
wenn nichts mehr geschieht,
wenn das Trommelfeuer verstummt,
wenn der Feind unsichtbar geworden ist
und der Schatten ewiger Rüstung
den Himmel bedeckt.
Er wird verliehen
für die Flucht von den Fahnen,
für die Tapferkeit vor dem Freund,
für den Verrat unwürdiger Geheimnisse
und die Nichtachtung
jeglichen Befehls.

CDU/CSU, die auf ihrem Standpunkt beharrte: „Deserteure, das geht auf keinen Fall!“ Am 27. Mai 1998 wurden wir aus dem Gesetzentwurf rausgeschmissen, bevor das Gesetz am 28. Mai 1998 verabschiedet wurde.

Als die SPD und die Grünen im September 1998 die Wahlen gewannen, hat es Frau Däubler-Gmelin als Bundesjustizministerin mir schriftlich gegeben, dass unsere Urteile pauschal aufgehoben werden sollen.

Dann allerdings hat die Nato Krieg geführt gegen Jugoslawien, gegen das Völkerrecht und ohne Uno-Mandat. Deutschland war dabei, obwohl die Wehrmacht schwerste Kriegsverbrechen an den Serben begangen hatte. Scharping und Fischer wollten „ein zweites Auschwitz“ verhindern – welch eine schamlose Verhöhnung der Auschwitz-Opfer! – und damit hatten wir auch unter Rot-Grün verloren. Frau Däubler-Gmelin hat mit uns weiter versucht, die Urteile aufzuheben; es ist ihr nicht gelungen.

Nach zwei Jahren haben wir uns an die PDS gewandt, die auf unseren Wunsch hin den früheren SPD-Gesetzentwurf wörtlich in den Bundestag eingebracht hat. Dabei ist der SPD zu unserem Glück eine Panne passiert. Sie hat zu ihrem eigenen früheren Gesetzentwurf zu Protokoll gegeben, dass dieser Gesetzentwurf „nicht das Papier wert sei, auf dem er steht, dass er nicht die Zeit wert sei, die man brauche, um ihn abzulehnen“. Das kam natürlich in die Presse und war sehr peinlich. Die SPD hat sich später im Plenum bei uns entschuldigt. Erst dann ist es positiv gelaufen.



Ralf Buchterkirchen: „... und wenn sie mich an die Wand stellen“. Desertion, Wehrkraftzersetzung, und „Kriegsverrat“ von Soldaten in und aus Hannover. Neustadt 2011, 178 Seiten, 13,90 Euro, ISBN 978-3-930726-16-5

Ralf Buchterkirchen, aktives DFG-VK-Mitglied in Hannover, hat ehrenamtlich das Schicksal von Soldaten in und aus Hannover erforscht, die wegen Desertion, „Wehrkraftzersetzung“ und „Kriegsverrats“ während des NS-Faschismus verfolgt wurden. Diese Arbeit konnte nun mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK als Buch veröffentlicht werden.

Allerdings wurden 2002 die Urteile wegen Kriegsverrat nicht mit aufgehoben. „Kriegsverrat“ war Landesverrat im Krieg. Die Fälle, die inzwischen bekannt sind – es sind nicht viele –, sind alle moralisch, ethisch, politisch motiviert. Die Verfolgten haben Juden versteckt, sie haben Kriegsgefangenen geholfen, sie sind zu den Partisanen gegangen. Gegen sie gab es nur die Todesstrafe und keine Begnadigung.

Die Begründung, warum diese Urteile im Jahr 2002 nicht mit aufgehoben wurden, war und ist wirklich ein Skandal vor der Geschichte! Es hieß damals: Trotz der vielen tausend Todesurteile der NS-Militärjustiz können nicht alle aufgehoben werden, und es werden vier „Straftatbestände“ als Ausnahme exemplarisch genannt: Misshandlung von Untergebenen, Kriegsverrat, Plünderung und Leichenfledderei. Kriegsverrat in diesem Kontext!

Und die zweite Begründung ist vor der Geschichte noch skandalöser: Es hätte eine nicht auszuschließende Lebensgefährdung der deutschen Soldaten durch Kriegsverrat gegeben. Nun war ja nicht jeder Soldat ein Täter, aber alle dienten in den Armeen der Wehrmacht, die den Vernichtungskrieg führte.

Ich habe damals im Bundestag gesagt, es hätten ja Millionen von KZ-Insassen und Zivilisten und auch Soldaten nicht mehr zu sterben brauchen, wenn mehr Kriegsverrat begangen worden wäre! Und wenn man die nicht auszuschließende Lebensgefährdung für deutsche Soldaten höher stellt als die mögliche Rettung von Zivilisten und KZ-Insassen, die millionenfach nicht mehr hätten zu sterben brauchen, dann hat Deutschland mit seiner Nazivergangenheit nicht eindeutig gebrochen.

Bundesjustizministerin Zypries hat die Argumente, also u.a. die durch Kriegsverrat nicht auszuschließende Lebensgefährdung für deutsche Soldaten, noch im Jahr 2006 wiederholt. Erst als 2007 die Ausstellung „Was damals Recht war “ eröffnet wurde, erschien das Buch mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Erforschung der Verurteilungen wegen Kriegsverrat. In Kenntnis dessen hat Bundesministerin Zypries bei der Ausstellungseröffnung angekündigt, dass die Urteile wohl doch aufgehoben werden können. Aber das hat noch lange gedauert.

In der großen Koalition der Bundesregierung gab es erneute Diskussionen, und Frau Zypries hat ihre Zusage zwischendurch wieder relativiert. Die CDU/CSU-Fraktion, allen voran der CSU-Rechtsexperte Norbert Geis, wollte eine Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ überhaupt nicht. Daher wurde eine Entscheidung immer wieder verschoben, immer wieder neue Anhörungen.

Am 16. August 2009 hat Peter Struck im Bundestag gesagt: Wenn jetzt die CDU/CSU nicht mitzieht, dann lösen wir den Fraktionszwang bei der Abstimmung auf und setzen die Rehabilitation mit Hilfe der Grünen-Fraktion durch. Erst dann hat die CDU mit Verweis auf die neuen Forschungen zugestimmt.

Am 8. September 2009 sind die Urteile wegen Kriegsverrats schließlich pauschal aufgehoben worden. Die Linksfraktion hatte dafür dreieinhalb Jahre gekämpft, dann haben sich die Grünen entschlossen, für die Aufhebung zu stimmen, schließlich auch Teile der SPD. Die Forschung war eindeutig. Auch die CDU/CSU und FDP haben schlussendlich unter der Bedingung, dass die Linksfraktion nicht beim gemeinsamen Antrag dabei sein darf, zugestimmt. Über diese Diskussionen wurde viel in den Medien, im Fernsehen, in der Tagesschau usw. berichtet. Es ging offensichtlich gar nicht mehr um die Opfer – ja, es ist ein Skandal, wie sie mit uns umgegangen sind.

„Mich macht das fassungslos, wie wir mit unserer Geschichte umgehen“

Die Rehabilitierung der Kriegsverräter wurde beschlossen, weil die Politiker nicht mehr anders konnten. Was bedeutet das für heute, wenn wir so mit der Geschichte umgehen? Was haben wir zum Beispiel am Hindukusch zu suchen? Welche Interessen verteidigen wir da militärisch? Was wäre denn, wenn die armen Länder, die von unseren Ländern seit Jahrhunderten ausgebeutet wurden, Millionen Opfer, Hungeropfer erbracht haben und erbringen – wenn die nun militärisch stärker wären und ihre Interessen am Rhein oder in den Alpen verteidigen würden?

Es ist für mich ganz unverständlich: In Deutschland führen wir gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung Krieg am Hindukusch! Mich macht das fassungslos, wie wir mit unserer Geschichte umgehen. Wir in diesem reichen Land, von keinem bedroht, mit unserer Geschichte, sind zu gewaltfreiem Handeln aufgerufen, uns für Gerechtigkeit, für das Leben und für den Frieden einzusetzen!

Ein langer schwerer ... erfolgreicher Weg

Ludwig Baumann zum 90. Geburtstag

Von Sonnhild Thiel

Ludwig Baumann, der am 13. Dezember 90 Jahre wird, ist ein Kämpfer. Er streitet mit Worten und Überzeugungskraft, nicht verletzend, aber zäh. Und ganz schön stur kann er sein. Aber ohne diese Hartnäckigkeit hätte er es nie geschafft, dass er und die anderen Deserteure der deutschen Wehrmacht nicht mehr als vorbestraft gelten. Es war ein langer, schwerer Weg. Anlässlich seines Geburtstages, zu dem wir von der DFG-VK ihm herzlich gratulieren, soll der Lebenslauf und der Kampf dieses aufrechten alten Mannes, der nach gerechten Verhältnissen in der Welt strebt und keinen Zwang ertragen kann, gewürdigt werden.

Ludwig Baumann wurde 1921 in Hamburg geboren. Sein Vater, der sich aus einfachen Verhältnissen zum hanseatischen Tabakgroßhändler hochgearbeitet hatte, führte ein sehr strenges Regiment. Ludwig litt unter dieser Strenge und darunter, dass er die in ihn gesetzten Erwartungen seines Vaters nicht erfüllen konnte. Seine Mutter, die einiges abfing, starb, als Ludwig 15 Jahre alt war. Nach der Schulzeit absolvierte Ludwig eine Maurerlehre. Er trat weder der Hitlerjugend noch einer anderen NS-Organisation bei.

1940 wurde Ludwig zur Kriegsmarine einberufen, 1942 wurde der 21-jährige zu einer Marineeinheit nach Bodeaux versetzt. Es ging ihm und seinen Kameraden eigentlich gut, Feindberührung hatten sie keine und Wein genug. Aber durch die Berichte des immer grausamer werdenden Krieges an der Ostfront reifte in Ludwig Baumann und seinem Freund Kurt Oldenburg der Plan, sich der Maschinerie, die die Ermordung Unschuldiger befahl, zu entziehen: „Wir wollten keine Soldaten mehr sein, wir wollten keine Leute umbringen – und wir wollten ganz einfach leben."

Einen Tag nach der Flucht wurden sie an der Grenze zu Vichy-Frankreich von einer deutschen Streife festgenommen und einen Monat später zum Tode verurteilt. Nach einigen Wochen wurde diese Strafe in zwölf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Davon erfuhr Ludwig Baumann allerdings erst nach vielen qualvollen Monaten in der Todeszelle beim Abtransport in das KZ Esterwegen. Bis heute lässt ihn diese Zeit nicht los, in der er mit jedem Öffnen seiner Zelle den Tod erwartete. Das verfolgt ihn noch immer in seinen Träumen und lässt ihn oft nicht schlafen. Später kam er ins Wehrmachtsgefängnis Torgau und dann mit dem so genannten „Bewährungsbataillon 500" an die Ostfront. Im Strafbataillon 500 kamen bis auf wenige Ausnahmen als Kanonenfutter verheizt alle um, auch sein Freund Kurt Oldenburg.

Die Wende kommt 1991

Der Satz von Hitler „Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muss sterben" wurde von den Wehrmachtsrichtern umgesetzt. Mit über 30.000 Todesurteilen, von denen 20.000 vollstreckt wurden, und mit bis zu 100.000 Verurteilten, die Konzentrationslager, Straflager oder Strafbataillone in der Regel nicht überlebten, wurde die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen. Viele dieser Blutrichter haben nach dem Krieg in der Bundesrepublik Karriere gemacht. Bestraft wurde keiner von ihnen. Die Richter, die dafür in der DDR bestraft wurden, wurden 1992 mit dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz rehabilitiert.

Ludwig Baumann überlebte den Krieg und die kurze sowjetische Kriegsgefangenschaft, kehrte aber psychisch zerstört nach Hause zurück. In seiner Familie galt er als Feigling. Andere beschimpften ihn als „Vaterlandsverräter" und „Dreckschwein". Er wurde zum Trinker, vertrank alles, was er hatte, floh aus seiner Heimatstadt Hamburg nach Bremen. Dort lernte er seine Frau kennen, die bei der Geburt des sechsten Kindes 1966 starb. Dieser Tod brachte Ludwig Baumann ins Leben zurück – er musste und wollte für seine Kinder sorgen. Er bekam Arbeit als Vertreter. Es dauerte aber Jahre, bis er vom Alkohol unabhängig wurde.

Anfang der 80er Jahre bekam er Kontakt zur Friedensbewegung und traf endlich auf Menschen, denen er sich öffnen konnte. Seitdem weiß Ludwig Baumann, dass er das, was er erlebt hat, der jungen Generation weitergeben muss.

Durch die Initiative von Friedensgruppen, Deserteurs-Denkmäler aufzustellen (1981 in Kassel, 1983 in Bremen – es folgten viele andere), wurde das Tabu-Thema öffentlich gemacht. Die intensive Diskussion, an der sich bald Wissenschaftler und Politiker beteiligten, brachte die vergessene Minderheit der Deserteure in Erinnerung. Die Historiker, die die Rolle der Wehrmacht bei der Ermordung von Zivilisten durchleuchteten, ließen manches Weltbild, hier „braver Soldat", dort „feiger Deserteur", ins Wanken kommen.

1990 gründete Ludwig Baumann zusammen mit anderen Betroffenen die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz", die auf politischer Ebene für die Rehabilitierung dieser Opfergruppe eintrat.

Ein Durchbruch in der Rechtsprechung wurde mit dem Urteil des Bundessozialgerichts vom September 1991 erzielt, das besagte, dass Hinterbliebene der von der NS-Militärjustiz wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und Befehlsverweigerung hingerichteten Soldaten entschädigt werden müssen. Dieser Richterspruch schließt mit dem Appell an die Bundesregierung, die Urteile der NS-Militärjustiz als Unrecht zu erklären, wie es 1985 mit den Urteilen des Volksgerichtshofes geschah.

Alle von der Opposition in den Bundestag eingebrachten Anträge zur Rehabilitierung wurden aber abgelehnt. Zuerst mit der Begründung „Verurteilungen wegen Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Zersetzung der Wehrkraft haben im allgemeinen nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen, da solche Handlungen auch in Ländern mit rechtsstaatlicher Verfassung während des Krieges mit Strafe bedroht waren", dann mit dem Argument, dass die Rehabilitierung von Deserteuren eine ganze Generation von deutschen Soldaten, die mitgemacht haben, ins Unrecht setzen würde.

Als im Herbst 1998 SPD und Grüne die Regierung stellten, war die Hoffnung auf einen positiven Parlamentsbeschluss zur Rehabilitierung groß. Die damalige Bundesjustizministerin, Herta Däubler-Gmelin (SPD) hat es Ludwig Baumann sogar schriftlich zugesagt, dass die Urteile pauschal aufgehoben würden. Als kurz darauf die Nato gegen Jugoslawien Krieg führte, hatte die „Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz" trotz Bemühungen von Frau Däubler-Gmelin Rot-Grün als Bündnispartner verloren. Die Bundesvereinigung wandte sich in der Folgezeit an die PDS, die wortwörtlich den früheren SPD-Antrag in den Bundestag einbrachte. Am 17. Mai 2002 hob der Bundestag die

meisten NS-Militärgerichtsurteile auf. Auch Ludwig Baumann gilt seitdem nicht mehr als vorbestraft. Diejenigen, die wegen Kriegsverrates verurteilt worden waren, wurden allerdings ausgeklammert. Menschen, die im Zweiten Weltkrieg wegen Kriegsverrat angeklagt wurden, sind alle mit dem Tode bestraft worden. Kriegsverräter waren für die NS-Militärjustiz zum Beispiel Harro Schulze-Boysen, führender Kopf einer der bedeutendsten deutschen Widerstandsgruppen, der sogenannten „Roten Kapelle“ , aber auch ein einfacher deutscher namenloser Soldat , der im Mai 1944 in Ungarn versuchte, 13 Juden zu retten, indem er sie in einem Wehrmachtslastwagen nach Rumänien bringen wollte. Für manchen einfachen Soldaten konnten kritische Äußerungen über das deutsche Volk und seine Führung oder Kontakt zum Feind das Todesurteil wegen Kriegsverrats bedeuten.

2006 wurde der Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der so genannten Kriegsverräter von der Linksfraktion in den Bundestag eingebracht. Dreieinhalb Jahre setzte sich die Linke intensiv für die Aufhebung der Urteile ein, dann schlossen sich auch Grüne und Teile der SPD an. CDU/CSU und FDP haben schließlich unter der Bedingung, dass die Linksfraktion nicht beim gemeinsamen Antrag dabei sein darf, zugestimmt. Am 8. September 2009 wurden endlich die letzten Urteile der verbrecherischen NS-Militärjustiz aufgehoben.

Wer nun glaubt, Ludwig könnte sich jetzt auf dem Erreichten ausruhen, der irrt. Schließlich ist Desertion für ihn keine abgeschlossene Sache, sondern eine Möglichkeit, den Wahnsinn des Mordens zu durchbrechen. Bei allen Veranstaltungen, zu denen er als Zeitzeuge eingeladen ist, stellt er seine Fahnenflucht in Zusammenhang zur Verweigerung von Kriegsdiensten in der heutigen Zeit. Er beteiligte sich an vielen Aktionen der Friedensbewegung und war oft bei Einberufungsterminen von Soldaten im Hauptbahnhof Bremen, um sie zum Nachdenken über den Soldatenberuf zu bringen.

„Sprechen Sie nur zur Vergangenheit!“

„Da sind ein paar reiche Länder, unsere Länder, die 80 Prozent der globalen Schätze, der Ressourcen verpulvern ... und damit die Erde zerstören. Wir sind es, die die armen Länder ausbeuten, die den Giftmüll dort abladen ... wir sind die Nutznießer dieser Weltordnung ... und da glaube ich schon, dass die Mächtigen dieser Welt und ihre Militärs dieses mit militärischer Überlegenheit verewigen wollen. Und ich denke, der Friede wird nur noch zu haben sein auf dem Wege zur weltweiten Gerechtigkeit. Wir haben Demokratie, das nehmen wir anscheinend gar nicht richtig wahr. Wir haben die Freiheit, dieses alles mitzumachen, diese Zerstörung, und wir haben die Freiheit, uns radikal zu verweigern, und wir haben auch die Freiheit, uns militärisch radikal zu verweigern. Es ist ein Wahnsinn: Wenn ich jemanden umbringe, bin ich ein Mörder; aber wenn es mir einer befiehlt, dann bekomme ich einen Orden und bin ein Held. Dieses zu durchbrechen, diesen Wahnsinn, das ist Desertion. Und darum ist für mich Desertion eine Hoffnung für den Frieden.“

Mit dieser Meinung eckt er überall dort an, wo zwar inzwischen die Desertion aus dem NS-Militär akzeptiert wird, aber nicht die Infragestellung der weltweiten Einsätze der Bundeswehr. Es kam schon vor, dass er bei Ausstellungseröffnungen zum Thema NS-Militärjustiz gebeten wurde, nur zur Vergangenheit zu sprechen. Aber darauf lässt sich Ludwig nicht ein. „Entweder sage ich, was ich zu sagen habe, oder ich sage gar nichts !“

Die Wiederherstellung der Ehre der Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer und Kriegesverräter ist zwar erreicht, aber um das richtige Gedenken sorgt sich Ludwig. Im ehemaligen Wehrmachtsgefängnis in Torgau, eine der Stätten des Leidens der Deserteure, befindet sich eine Gedenkstätte für die Gewaltopfer der NS-Herrschaft und für die, die nach 1945 dort eingesessen haben, darunter waren viele der NS-Schergen. Gleichzeitiges Gedenken an Geschundene und Schinder, Gleichsetzen von NS-Regime und einem anderen Unrechtssystem ... das ist unerträglich.

Wie ein anderer großer alter Mann könnte uns Ludwig zurufen: „Empört euch!“

Wir hoffen, dass Ludwig seine Stimme noch lang erheben kann!

Sonnhild Theil ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe.

Ein Deserteurdenkmal für Hamburg

Desertion und Kriegsdienstverweigerung zum Thema machen

Von Detlef Mielke

Den Anstoß gab die Suche der Tochter des Deserteurs Willy Dittmann nach Spuren ihres Vaters. Der war als Fahnenflüchtiger 1943 in Frankreich festgenommen und im Februar 1945 in Hamburg hingerichtet worden. Elke Olsson, die seit 1962 in Schweden lebt, wandte sich an die Geschichtswerkstadt Willy-Bredel-Gesellschaft in Hamburg-Olsdorf. In der Nähe, im Konzentrationslager Fuhlsbüttel, war Willi Dittmann vor seiner Hinrichtung inhaftiert, auf dem Olsdorfer Friedhof ist sein Grab.

Party am Kriegsklotz

Für MitarbeiterInnen der Willi-Bredel-Gesellschaft war diese Spurensuche Anlass, nach Namen von Fahnenflüchtigen zu forschen, die in Hamburg getötet wurden.

Bei einer ersten Aktion im Juli/August 2010 wurde ein fünf mal vier Meter großes Transparent mit 68 Namen nachweislich in Hamburg hingerichteter Deserteure für 14 Tage an die Gedenkstätte für gefallene Soldaten des Zweiten Weltkrieges gehängt. Zur Eröffnungsfeier war Elke Olssen angereist und berichtete am Grab ihres Vaters vom Leben der Familie des Fahnenflüchtigen im Werftarbeiterstadtteil Gaarden in Kiel, von der Ausgrenzung durch den Pastor, von der Verweigerung der Lebensmittelkarten, von Hunger und Ausgrenzung der Familie. Ludwig Baumann, in Hamburg geborener Fahnenflüchtiger des Zweiten Weltkrieges berichtete von den Schwierigkeit für deutsche Deserteure vergangener Kriege in der BRD.

Am Rande dieser Aktion fand sich eine Gruppe zusammen, die das Thema Deserteure an einen belebten Ort mit Symbolcharakter in Hamburg tragen wollte. Es entstand das Bündnis für ein Deserteurdenkmal in Hamburg, dem sich neben der Willi-Bredel-Gesellschaft, der DFG-VK, der VVN, dem Hamburger Bündnis gegen Rechts und dem Hamburger Forum inzwischen 10 weitere Organisationen angeschlossen haben.

Der Tag des offenen Denkmales war Anlass für eine Aktion: Am 11. September 2010 hängten wir, eingebettet in eine Veranstaltung, das Transparent an ein militaristisches Denkmal in der Nähe des

Dammtor-Bahnhofes. An dieser Stelle forderten wir eine Gedenkstätte für Deserteure.

Den 8. Mai 2011, den Tag der Befreiung vom Faschismus, feierten wir in diesem Jahr etwas anders – mit einer Party am Kriegsklotz. Die Anregung dafür lieferte Uwe Storjohan, der in den letzten Kriegswochen in Hamburg desertierte, in seiner Rede auf der Veranstaltung am 11. September 2010. Er war als Soldat in Hamburg in der Nähe des Übungsplatzes Höltigbaum am Stadtrand stationiert. Soldaten für die Erschießungskommandos seien mit einer Flasche Schnaps und einem Tag dienstfrei gelockt worden. Täglichen seien Gewehrsalven von den Erschießungen bis zur Kaserne zu hören gewesen. Uwe Storjohan, der aus der Swing-Jungend kam, berichtet aber auch von dem Glücksgefühl, als er nach Fahnenflucht und Aufenthalt in einem engen Versteck hörte, wie britische Soldaten eine Jazzplatte auflegten.

Der „Kriegsklotz" ist viel kleiner als der Reichstag, den können wir einmotten, dachten wir uns. Bei Livemusik und Ansprachen, Kaffee und Kuchen verhüllten wir den Klotz am 8. Mai in Frischhaltefolie. Eine Gruppe führte ein Theaterstück auf, das nach Gerichtsprotokollen ein Gerichtsverfahren gegen einen Deserteur darstellte.

Es hat Spaß gemacht, die Forderung nach einer Gedenkstätte für Deserteure so zu verpacken.

Für 14 Tage war diese Verhüllung des Kriegsklotzes genehmigt, nach anderthalb Tagen war die Folie von Unbekannten abgerissen worden. Das bot uns die Möglichkeit, eine erneute Verhüllung zu beantragen. An 21. Mai, dem Tag an dem wir die Folie eigentlich abnehmen wollten, bewickelten wir den Klotz erneut, dieses Mal in schwarz.

Wir erhielten viel Zuspruch von PassantInnen, aber auch Missfallensäußerungen. Unsere Aktion löste Emotionen aus, ein erstes Ziel ist damit erreicht. Presseartikel, eine Nachfrage einer CDU-Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft, wer denn so etwas genehmige.

Nach drei Tagen war der untere Teil der Folie heruntergerissen, die Soldatenreihen waren wieder zu sehen. Die Wirkung auf die PassantInnen war fast genau so wie bei der vollständigen Verhüllung. Ein aufgestelltes Schild mit unsere Erklärung wurde regelmäßig gelesen, etwas 20 Menschen pro Stunde blieben lange davor stehen und lasen unsere Erklärung mit der Forderung nach einer Gedenkstätte für Deserteure. Nach 12 Tagen war der Rest der Umhüllung von Unbekannten entfernt worden.

Die vorzeitige Entfernung bot erneut die Möglichkeit, eine Verhüllung zu beantragen. Am Pfingstsamstag kleideten wir den Klotz in weiß. Obenauf wehte eine weiße Fahne. „Schwarz war aber schöner", war ein Kommentar eines offensichtlich häufig vorbeikommenden Passanten. „Vielen Dank, dass ihr das macht, ich schäme mich immer, wenn ich mit Gästen von außerhalb an diesem Ort vorbeikomme". „Schon in den 60er Jahren war ich mit Farbe da dran", sagte eine erfreute Siebzigjährige.

Nach drei Tagen waren die Figuren bis zur Brust freigelegt, erneut war nach 12 Tagen die Folie und dieses Mal auch die Fahne entfernt.

Foto: DFG-VK Hamburg

Der „Kriegsklotz" am Stephansplatz

Sehr viele Menschen aus Hamburg und Umgebung kennen diesen sieben Meter hohen Muschelkalkquader mit dem umlaufenden Relief lebensgroßer Soldaten mit geschultertem Gewehr, die in Viererreihen durch das Hamburger Stadttor marschieren. Viele haben sich an diesen Klotz gerieben, etliche Farbflaschen flogen über die Jahre dagegen, regelmäßig beginnen Antikriegsdemonstrationen hier, am „Kriegsklotz" auf dem Stephansplatz.

1936, als Nationalsozialisten auch in Hamburg die Oberhand gewannen, wurde er erbaut. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Diskussionen über einen Abriss, aber das Denkmal blieb, und erst Anfang der 80er Jahre gab es einen Wettbewerb für ein „Gegendenkmal". Errichtet wurden zwei Elemente eines Entwurfes von Alfred Hrdlicka. Die Vollendung des Projektes war der reichen Stadt Hamburg angeblich zu teuer.

Genau an diesem Ort wollen wir eine Gedenkstätte für Deserteure.

Die aktuelle Bedeutung von Desertion formulieren

Uns von der DFG-VK-Gruppe Hamburg ist es wichtig, nicht in der Erinnerung an die Vergangenheit stehen zu bleiben, wir wollen Fahnenflucht positiv belegen. Wir wollen durch das Gedenken an Deserteure vergangener Kriege auf Kriegsdienstverweigerer und Deserteure heutiger Kriege hinweisen. Der Zusammenhang einer Aktion für eine Gedenkstätte für Deserteure mit dem Krieg der Bundeswehr in Afghanistan ist uns wichtig. Wir wollen unserer Freude über Bundeswehrsoldaten, die verweigern oder sich über Krankheit aus der Bundeswehr verabschieden, Ausdruck geben. Wir wollen, dass möglichst viele Bundeswehrsoldaten den Krieg verweigern.

Wir wollen auf Deserteure, die heute in großer Zahl unter uns leben, hinweisen. Für viele Migranten ist auch die Flucht vor einer Beteiligung am Krieg im Heimatland ein Wanderungsgrund. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure brauchen Asyl.

Selbstverständlich wollen auch wir eine Erinnerungsstätte für Deserteure in Hamburg. Uns geht es aber hauptsächlich um den Prozess um die Auseinandersetzung möglichst vieler Menschen mit dem Thema Kriegsverweigerung und Desertion.

Detlef Mielke ist aktiv in der Regionalgruppe Hamburg der DFG-VK. Wer Lust hat mitzuarbeiten oder Interesse hat, einen kulturellen Beitrag bei Aktionen am „Kriegsklotz" zu leisten, kann sich wenden an: hamburg@dfg-vk.de. Konkrete Termine werden unter www. Feindbeguenstigung.de und www.bundeswehr abschaffen.de angekündigt.

Je näher an der Gegenwart, desto stärker wird die Propaganda

Das neue Militärhistorische Museum in Dresden

Von Frank Brendle

In der Geschichte der Bundeswehr kommt der DFG ein fester Platz zu: „Mit dieser Braut wird kein Mann glücklich“, heißt es auf dem Plakat der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner, das einen Soldaten mit Gewehr zeigt. Zu sehen ist es im Militärhistorischen Museum, dem neuen „Leitmuseum“ der Bundeswehr, das Mitte Oktober in Dresden neu eröffnet wurde.

Das Auffälligste an dieser Einrichtung ist zweifellos die Optik: Das neoklassizistische Gebäude, das seit Jahrhunderten dem Militär gehört (bis 1990 war hier das Armeemuseum der NVA untergebracht), wurde vom Architekten Daniel Libeskind mit einem stählernen Keil durchschlagen, der die Wucht des Krieges symbolisieren soll. Speziell vom deutschen Feuilleton wird er auch als Symbol für den Bruch verstanden, den der Holocaust in der modernern Geschichte darstelle. Überhaupt ist das Feuilleton nicht nur der bürgerlichen Zeitungen voll des Lobes für das Museum, und selbst das „Neue Deutschland“ schreibt, Befürchtungen, es könne eine PR-Einrichtung für die Bundeswehr werden, „dürften sich als weitgehend übertrieben herausstellen.“ Trägt dieses Urteil?

Den Begriff Militärgeschichte haben die Ausstellungsmacher weiter gefasst als bislang üblich. Das Museum beschränkt sich nicht auf eine Sammlung von Ritterrüstungen und Waffen, auch nicht auf die Darstellung von Schlachten und Feldherrn. Es verfolgt vielmehr auch einen sozialgeschichtlichen Ansatz und will, wie mehrfach betont wird, den „Mensch im Mittelpunkt“ zeigen: Den Menschen, der als Täter Krieg führt, ihn als Opfer erleidet und ihn an der Heimatfront unterstützt, freiwillig oder gezwungen, oder ihm Widerstand leistet.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat etliche KollegInnen aus der Historikerzunft und anderen Wissenschaftsbereichen eingebunden. Darunter eine Frau, die etwas von Gerüchen versteht: Öffnet man eine Schublade, entströmt ihr der Gestank eines Schützengrabens des Ersten Weltkrieges – eine Mischung aus Fäulnis und Verwesung, die über das Leben von Soldaten unter solchen Umständen mehr aussagt als eine umfangreiche Texttafel.

Die Idee, den „Mensch im Mittelpunkt“ zu zeigen, spiegelt sich in zwölf so genannten „Themeninseln“ wider, die auf die vier Stockwerke verteilt im Libeskindschen Keil angesiedelt sind. Diese brechen die nur scheinbar klare Abgrenzung von zivilem Leben und Militärischem auf und verdeutlichen die gegenseitigen Beeinflussungen: Es geht um Mode, um Sprache, um Spiel, um Technik, um Leiden, um Tiere – kurzgefasst um Dinge, die im Leben eines jeden Menschen vorkommen, auch eines solchen, der dem Krieg extrem fern zu stehen meint. Die didaktischen Methoden sind originell, und man merkt, dass die Ausstellungsmacher große Freude am Experimentieren hatten.

Eine Heroisierung des Krieges findet hier definitiv nicht statt. Der Tod fürs Vaterland wird nicht als ehrenvoll besungen, sondern genau als das grausame Ereignis dargestellt, das er tatsächlich ist.

Einladung zur Relativierung

Einige Darstellungen sind allerdings zweifelhaft und geeignet, geschichtsrelativierende Auffassungen zu unterstützen. Das zeigt sich vor allem in der Spitze des Keils, der in der vierten Etage als Aussichtsplattform begangen werden kann, mit Blick auf die im Februar 1945 zerstörte Innenstadt. Der Keil zeigt auf das Ostra-Gelände, das damals den Bomberverbänden als Orientierungspunkt gedient hatte, sein Winkel entspricht dem des Zerstörungsradius. Die Exponate in dieser „Themeninsel“ bestehen aus Gehwegplatten: Solche aus dem polnischen Ort Wielun, der am 1. September 1939 als einer der ersten der Wehrmacht zum Opfer fiel, und solchen aus der Dresdner Bombennacht. Die Platten beider Städte weisen nahezu die gleichen Geschosseinschläge auf. Eine weitere Erläuterung gibt es nicht dazu. Man kann hier eine chronologisch-kausale Verknüpfung sehen: Ohne Wielun wäre es nicht zu Dresden gekommen. Man kann hier aber auch den Ausdruck eines Diskurses sehen, der in Deutschland immer stärker im Kommen ist: „Deutsche als Opfer“. Für Deutsche war der Krieg auch nicht weniger brutal als für die Polen, im Leid sind alle vereint – so können die Gehwegplatten auch verstanden werden, und wenn man weiß, wie (nicht nur) Dresden erinnerungspolitisch tickt, dann weiß man: Genau so werden sie dort auch gelesen. Die emotionalisierende und gleichmacherische Darstellung des Leides erspart einem dann das Nachdenken über historische Schuld und aktuelle Verantwortung.

Der zweite Strang des Museums neben dem „Themenparcours“ ist strikt chronologisch angelegt. Er beginnt im 14. Jahrhundert bei den letzten Kreuzzügen und geht – für ein historisches Museum wieder ungewöhnlich – bis in die Gegenwart, d.h. in diesem Falle bis nach Afghanistan. Die Darstellungen sind notwendigerweise verkürzt, geben aber einen guten Überblick. Zu fragen wäre allerdings, warum die Erklärung für den Beginn der beiden Weltkriege so extrem plump daherkommt: Die Sehnsucht „nach einem reinigenden Gewitter“ 1914 und Hitlers ganz persönliches „Drängen“ für 1939 – das ist doch ein bisschen wenig. Auffällig auch das Fehlen aktueller historischer Erkenntnisse zu den Offizieren des 20. Juli: Diese werden hier noch als tapfere Männer dargestellt, obwohl man seit 15 Jahren weiß, dass sie sich weit mehr als für eine „Camouflage“ nötig an Kriegsverbrechen beteiligt haben. So spannend wie heikel ist es, den Raub- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht nahtlos in den Geschichtsbereich 1914-1945 einzubetten. Einerseits möchte man die Ausstellungsmacher dafür beglückwünschen, weil sie damit ausdrücken, dass es sich bei diesem Völkermord eben keineswegs um einen „Betriebsunfall“ des an und für sich „anständigen“ deutschen Militarismus gehandelt hat. Andererseits fragt man sich, ob nicht genau hier eigentlich der Libeskindsche Keil zu platzieren wäre.

Man weiß vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, unter dessen Ägide das Museum entstanden ist, dass es einen eindeutig kritischen Blick auf die Wehrmachtsvergangenheit hat. Die Institution hat sich seit Ende der 1960er Jahre nicht gescheut, die Verbrechen der Wehrmacht zu erforschen und darzustellen,

auch zu einer Zeit, als dies im Bundeswehrapparat auf große Widerstände stieß. Es überrascht deswegen nicht, dass auch hier die Wehrmacht in keiner Weise glorifiziert wird. Als spannende Frage bleibt aber: Welche Darstellung erfahren die Geschichte und Gegenwart der Bundeswehr?

Am Schluss bleibt Propaganda

Als Leitlinie schält sich ziemlich schnell heraus: Je näher das Museum an die Gegenwart kommt, desto unkritischer wird es gegenüber dem Objekt seiner Darstellung. So wird zur Personalfrage der frühen Bundeswehr angemerkt, Offiziersbewerber seien auf ihre Vergangenheit geprüft worden – ohne kritisch zu hinterfragen, wie effizient diese Prüfung war und wie viele Nazioffiziere schließlich übernommen worden sind. Die Remilitarisierung der beiden deutschen Staaten wird gezeigt, in diesem Zusammenhang werden auch die Proteste dagegen erwähnt – hier hat das eingangs erwähnte DFG-IdK-Plakat seinen Platz.

Der Stahlkeil des Architekten Libeskind soll die Wucht des Krieges symbolisieren

foto: http://mhmbw.de/index.php/bildergalerien/architektur

1990 kippt es dann aber: Nach dem Zerfall der Warschauer Vertragsorganisationen, wird auf einer Texttafel erzählt, „wuchs auch die internationale Verantwortung der Bundesrepublik“. Und bald schon machten Forderungen von Nato und Uno „eine Überprüfung der deutschen Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen erforderlich“.

Es ist eklatant: War für den Zeitraum von 1300 bis 1990 stets von Kriegen die Rede, sind es seither „militärische Einsätze“, und letztere werden uns von außen aufgenötigt. Was den Angriff auf Jugoslawien 1999 angeht, wird der Besucher belehrt, dass brutale Aktionen der Serben und das Elend kosovo-albanischer Flüchtlinge „Anlass“ waren, trotz fehlenden Uno-Mandats Luftangriffe durchzuführen. So, wie es da steht, könnte es aber auch die Ursache gewesen sein; weitere Erklärungen fehlen. Kritik kommt nur noch in einem Nebensatz vor: „Angriffe, bei denen auch Zivilisten getötet wurden, lösten erhebliche innenpolitische Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik aus.“

Der Afghanistan-Einsatz (nicht „Krieg“) hat sein eigenes Kämmerchen, voller Wehklagen über verletzte, getötete, traumatisierte Bundeswehrsoldaten. Dazu heißt es, es komme „immer wieder zu Gefechten mit einem schwer fassbaren Gegner. Das hat auch Opfer in der Zivilbevölkerung zur Folge.“ Die Täter werden nicht beim Namen genannt – dann müsste man die Bundeswehr etwa als Verantwortliche des Kunduz-Massakers vom 4. September 2009 benennen – sondern erscheinen als Neutrum („das“).

Um zu verstehen, was an dieser Stelle passiert, ist ein Blick auf die Erwartungen der politischen Führung hilfreich: Verteidigungsminister Thomas de Maizière drückte in seiner Eröffnungsansprache aus, das Museum solle auch dazu dienen, die Einsatzfähigkeit der Soldaten zu erhöhen. Sie sollten an diesem „Lernort“ folgendes begreifen: „Früher haben europäische Armeen gegeneinander Krieg geführt. Heute kämpfen sie Seite an Seite – auch mit unseren amerikanischen Partnern. Das schafft neue, gemeinsame Traditionslinien. Deutschland kann seine Sicherheitsinteressen nicht verfolgen, wenn wir ganz auf uns gestellt bleiben. Gleiches gilt für den Einsatz seiner Streitkräfte.“ Nur wenn die Soldaten der Bundeswehr dies beherzigten, „wird es ihnen gelingen, ein Einsatzland langfristig zu stabilisieren und zu befrieden und selber mit sich im inneren Frieden zu leben“.

Ein „Lernort“ soll das Museum auch für die Zivilbevölkerung sein. Sie wird mit grundsätzlichen Fragen konfrontiert, die de Maizière aufgelistet hat: „Was rechtfertigt den Einsatz militärischer Gewalt als ein Mittel der Politik neben anderen? Wann kann nur Gewalt noch schlimmere Gewalt verhindern? Und kann auch der schuldig werden, der den Einsatz militärischer Gewalt grundsätzlich ablehnt?“ Das Museum, so de Maizière weiter, zeige „die aggressive, zerstörerische und unterdrückende wie auch die friedenssichernde, schützende und befreiende Funktion von Streitkräften“ und verdeutliche Soldaten wie Bevölkerung: „Wir sind aufgefordert, dem Frieden der Welt zu dienen“, und manchmal könne eben nur Gewalt den Weg dorthin erzwingen.

Diese Wünsche des Ministers sind leider nicht nur in den Wind gesprochen. Vielmehr ist das Museum offenkundig sehr darum bemüht, den Anforderungen seines Auftraggebers nachzukommen. Es lenkt die BesucherInnen am Ende des chronologischen Rundgangs direkt in die von de Maizière geforderte Richtung und macht unverschleiert Reklame für die „neuen Kriege“. Das geschieht in einer Abruptheit, als wäre bei den Ausstellungsmachern ein Schalter umgelegt worden. Nachdem zunächst ungeschminkt geschildert wurde, dass 600 Jahre Kriegsgeschichte 600 Jahre Raubzüge voller Schmerz und Tod waren, soll sich seit 1945 bzw. 1990 auf einmal alles geändert haben. Die „asymmetrischen Bedrohungen“ der Gegenwart werden beklagt, die Verantwortlichkeiten dafür klar zugewiesen: hier die „terroristischen Gruppierungen, die mit allen Mitteln ihre politisch und religiös motivierten Ziele durchsetzen wollen“, dort moderne Streitkräfte wie die Bundeswehr, deren Auslandseinsätze „zur internationalen Sicherheit und zur Friedensbewahrung beitragen“ sollen, heißt es auf einer Texttafel. Spätestens hier tritt an die Stelle seriöser Wissenschaftlichkeit Nato-Propaganda. Denn in der westlichen Welt scheinen keine Kriegsursachen zu liegen. Das Weißbuch der Bundeswehr, das die Jagd nach Rohstoffen als Kriegsrechtfertigung verankert, wird nicht zitiert. Dafür wird gleich mehrfach in Form rhetorischer Fragen das Schlagwort vom „Clash of Civilisations“ angeboten, mit dem der Politikwissenschaftler Samuel Huntington Kriegsursachen auf die „Gegensätzlichkeit verschiedener Kulturkreise“ zurückführte. So bleibe es eine Aufgabe der sich wandelnden Nato, Sicherheit zu schaffen und Kriege zu verhindern. Für diese „Leistung“ ist die Museumsleitung zu Recht mit dem »Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold« ausgezeichnet worden. Ein Besuch lohnt dennoch.

Frank Brendle ist **ZivilCourage**-*Redakteur und aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg. Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2, 01099 Dresden; www.mhmbundeswehr.de/; Öffnungszeiten: Donnerstag bis Dienstag 10 bis 18 Uhr, Montag 10 bis 21 Uhr, mittwochs geschlossen.*

Friedensarbeit mit gespitztem Bleistift

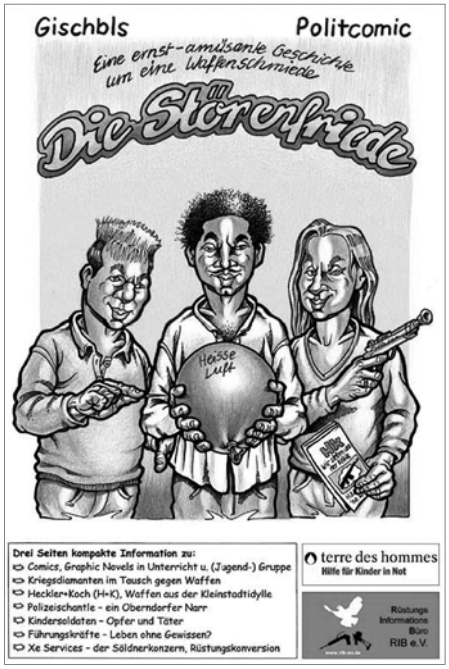
Ein Comic zu Waffen, Rüstung und Heckler & Koch

Von Lothar Eberhardt

Die Störenfriede“ ist der Titel eines Politcomics mit fiktiver Geschichte, aber realem Hintergrund. Gerhard Mauch, der unter dem Künstlernamen Gischbl seit 1995 freiberuflich zeichnet und karikiert, hat in seiner aktuellsten Produktion das Rüstungsunternehmen Heckler & Koch „aufs Korn“ genommen – eine ernst-amüsante Bildergeschichte um das „Mekka der Wehrtechnik“ in der idyllischen schwäbischen Kleinstadt Oberndorf am Neckar.

Schön wäre es gewesen, wenn dieser Politcomic vom „Griffelspitzer“ Mauch nicht durch NGOs wie DFG-VK, Misereor, terre des hommes, RIB und privaten Unterstützern hätte zusammengebettelt werden müssen, sondern eine Auftragsarbeit aus Oberndorf gewesen wäre. Ein Anlass hätte bestanden: Oberndorf feierte gerade den 200. Geburtstag der Waffenfertigung am Neckar, offiziell vermarktet unter dem Label „200 Jahre Wirtschafts- und Industriegeschichte“, die in diesem Städtchen am oberen Neckar sehr eng mit der Produktion von Rüstungsgütern verknüpft ist. Die Geschichte von der königlichen württembergischen Gewehrfabrik über das Mauser-Imperium bis zum Rüstungskonzern Heckler & Koch. Eine solche Auftragsarbeit gab es aber nicht, sondern die Idee hatte der Zeichner, die inhaltliche Unterstützung kam von Akteuren der Friedensszene.

Der „Störenfried“ Gerhard Mauch, totaler Kriegsdienstverweigerer, 1981/82 insgesamt sechseinhalb Monate in Bundeswehr-Arrest und Knast mit Freigang als Erzieher im Kinderhort arbeitend und über sieben Jahre Mitherausgeber der Totalverweigerer-Zeitschrift „ohne uns“, ist seit seiner Kindheit am Zeichnen. Seit 1996 ist es sein Broterwerb und Alltagskampf, sich mit gespitztem Bleistift in verschieden Graphic-Novels für die „radikale Umkehr“, gegen Ausbeutung von Rohstoffen, Arbeitskraft, Landvertreibung und für Umweltschutz einzusetzen.



Ohne beratende Hilfe von Oberndorf-Kennern wäre die in über 9 Monaten erarbeitete „Realsatire“ nicht zustande gekommen. So ist die eingeführte Figur Jürgen Gräslein unverkennbar der seit Jahrzehnten „sich aus einem scheinbar nie versiegenden Quell an Energie“ für „die Sache“ einsetzende Friedensakteur Jürgen Grässlin. Als Realschullehrer anfangs unweit von Oberndorf tätig half er, das „Tuch des Verschweigens“ über Waffenhandel von H&K, im Comic Hecke und Krach, zu lüften. Er war 1989 der Mitbegründer des Rüstungsinformationsbüro Oberndorf (RIO), das später in RIB e.V. überging und an seinem heutigen Freiburger Wohnort das umfangreichste Archiv zu Rüstungsproduktion- und export beherbergt.

Weiterer Akteur in der Geschichte ist Uli Brav; nach seiner Berufslaufbahn als Entwicklungshelfer nun im „Unruhestand“ und zurückgekehrt in seinen Heimatort. Sein Altersruhesitz hat die „Realperson“ auf dem Grundstück in Altoberndorf, wo sein Vater schon Anfang der 1980er Jahre einen privaten Gedenkstein aufstellte, der an die ca. 12.000 Zwangsarbeiter der NS-Zeit in Oberndorf und an das benachbarte „Russenlager“ erinnert. Damals ein Tabubruch. Der Vater war als Facharbeiter in den Dreißigerjahren zu den Mauser-Werken gekommen, der Waffenschmiede, in der die beiden Ingenieure Heckler und Koch arbeiteten, bevor sie sich nach 1945 selbständig machten – notgedrungen zuerst mit Rüstungskonversionsprodukten.

Als pädagogische Waffe und gespeist aus dem lokalgeschichtlichen Wissen werden Akteure und Gegebenheiten wie die schwäbsich-alemannische Fasnet mit in die Bildfolgen eingearbeitet. In dem Totentanz für 60 Jahre Menschenverachtung – 2009 feierte HK 60. Geburtstag – findet das ebenso Eingang wie in Bezügen zu den lokalen, regionalen und globalen Themen wie Kriegsspielzeug, Diamantenhandel zur Finanzierung von Kriegen und Kindersoldaten.

Die Protagonisten in dem schwarzweiss gehaltenen „Kurzcomic“ sind die „dicken Freunde“ Irina (28), russische Spätaussiedlerin, die vor 15 Jahren nach Deutschland kam und in T(r)übingen Politik und Geschichte studiert, Lukas (23), der in einem Ortsteil der Waffenstadt aufwächst, Lehrling bei H+K war und sich beruflich neu orientiert zur Solartechnik, und Lukanga (26), ein ehemaliger Kindersoldat aus Sierra Leone, Kriegsflüchtling und Pflegekind bei von Uli Brav vermittelten Pflegeeltern und nun in Ausbildung zum Kinderkrankenpfleger. Sie lernten sich bei der evangelischen Jugend kennen und beschäftigen sich mit der menschenverachtenden Geschäftspolitik von H+K. Sie entwickeln vielfältige kreative Aktionen, um auf diese Geschäftspolitik aufmerksam zu machen, holen sich Unterstützung und dringen bis zur Führungsebene der „Herren im Nadelstreifen“ vor. Der Clique gelingt das Unmögliche: Hecke und Krach beschließt die Umstellung auf zivile Produktion. Happy End drei Jahre später: 2013, beschließt der Bundestag ein vollständiges Verbot von Kriegswaffen und Rüstungsgütern.

Ein lohnendes und pädagogisch wertvolles, mit guter Hintergrundrecherche versehenes Heft. Eine durch und durch moralische Geschichte, aus der die Freude blinkt, Geschichten bildhaft zu erzählen. Eine 10-seitige kompakte Geschichte mit Freude an der Schraffur. Eine Lowbudget-Produktion, bei der der Zeichner Geldbesorger, Vertreiber, „Mädchen für alles“ war. Die Bildgeschichte mit sechs erläuternden Zusatzseiten und kompaktem ergänzendem Begleitmaterial zu den angerissenen waffenproduktionsbegleitenden Thematiken ist auch sinnvolles Material für den Schulunterricht.

Lothar Eberhardt ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg. „Die Störenfriede“ sind zu beziehen zum Preis von 2,50 Euro (zzgl. Versand) bei Gerhard Mauch, Daimlerstraße 3, 78628 Rottweil-Neufra, Telefon 0741-1757903, eMail gischbl06@yahoo.de und bei RIB e.V., Stühlinger Str. 7, 79106 Freiburg, Tel. 0761-7678088, eMail rib@rib-ev.de

„Ein anderer Irak ist möglich!“

Zivilgesellschaftliche Ansätze in der Autonomen Kurdischen Region

Von Stephan Brües

Auf dem DFG-VK-Bundeskongress in Leipzig gab es einen Workshop zum Thema Gewaltfreiheit im Irak, und ein Solidaritätsfoto des Kongresses wurde gemacht. Ein paar Tage später flog ZivilCourage-Redakteur Stephan Brües nach Erbil, die Hauptstadt der Autonomen Kurdischen Region.

Zwei Jahre nach dem ersten Aufenthalt in Erbil hat sich die kurdische Metropole und womöglich de facto-wirtschaftliche Hauptstadt des Irak verändert. Der Flughafen unterscheidet sich durch nichts von anderen modernen Flughäfen, in der Stadt selbst wird gebaut, gebaut, gebaut... – Vorbild Dubai.

Ja, Erbil ist sicher, und diese Sicherheit, die auch in Kurdistan nicht selbstverständlich vorhanden ist (siehe Mosul und Kirkuk mit religiösem Terror und Bandenkriminalität), macht die Stadt zum Objekt staatlicher und auch internationaler Investitionen. Ob sie tatsächlich in Malls und Einkaufszentren gesteckt werden müssen, sei dahin gestellt. Aber das war nicht der Grund der Reise.

Am 7. Oktober fand der internationale Marathonlauf für Frieden und Gewaltfreiheit statt, organisiert von den italienischen *Organisationen Bagdad Marathon/ Sportler für den Frieden* und *Un ponte per* sowie irakischen Friedensorganisationen *(LaOnf/Al Mesalla)* und dem kurdischen Jugendverband *Kyeo*. Alleine 60 ItalienerInnen machten sich auf den Weg, sich am sportlichen Wettstreit zu beteiligen – 12 waren mit mir bereits früher angereist. In Erbil fanden sich auch irakische Sponsoren, etwa ein TV-Kanal, aber auch die kurdische Regierung in Gestalt des Kultur- und Erziehungsministers.

1.200 meist junge Leute fanden sich neben den drei Dutzend Marathonläufern bereit, zwei oder 10 Kilometer zurückzulegen, um für den Frieden im Land und der Welt zu werben. Als Erfolg darf man diese Beteiligung durchaus werten, auch wenn vermutlich nicht jede/r glühender Antimilitarist oder Pazifist sein mag. Es belegt, dass die irakische Bevölkerung „die Schnauze voll hat“ vom Krieg. Und aus dem Munde des Kulturministers hörte man gar eine Vision von einer Welt ohne Armeen. Die vor Ort wohnende mennonitische Friedensaktivistin Ann Ward hielt das Engagement des Ministers übrigens für glaubwürdig, mit ihm könnte man gut zusammen arbeiten, sagte sie.

So fand der anschließende zweitägige Kongress der *Iraqi Civil Society Solidarity Initiative (ICSSI)* im Kulturpalast des Kulturministeriums statt. Die *ICSSI* ist ein Zusammenschluss von irakischen Gewerkschaften, Menschenrechts-, Frauen- und Jugendgruppen sowie internationalen Unterstützern. Zwei Treffen hatten in Italien und in Paris stattgefunden, nun also Erbil. „Ein anderer Irak ist möglich“, ja das Motto der Konferenz kommt Aktivisten bekannt vor, aber in den Workshops wurden alle wichtigen Themen des Landes behandelt: Protestbewegung im Irak, Gewerkschaftsrechte, Privatisierungen, Wasser, Folgen von Uranmunition und ähnlichen Kriegseinwirkungen durch die USA und ihre Verbündeten, Frauenrechte, Gewaltfreiheit und Widerstand gegen Militarisierung, Freiheit der Medien, die Rolle der Zivilgesellschaft, aber auch die Einbeziehung des Iraks in regionale, nordafrikanisch/arabische Sozialforen.

Foto: Sieton Philipp

Stephan Brües mit der Solidaritätserklärung beim DFG-VK-Bundeskongress in Leipzig

Die Analyse der irakischen Realität war schonungslos und brandmarkte die Politik als undemokratisch und zunehmend islamistisch. Wobei gesagt werden muss, dass nicht alle Repressionen von der Regierung ausgeübt wird, sondern auch von Milizen oder kriminellen Banden. Dennoch: Die Herausforderungen sind groß. Das gilt insbesondere für die Situation der christlichen Minderheit, die, wenn auch minimal verbessert, weiterhin besorgniserregend ist. In dem christlichen Dorf, das wir besuchten, sahen weder der alte Landwirt noch der Jugendliche eine Perspektive für sich.

Zwischen den Workshops und der Diskussion der jeweiligen Ergebnisse im Plenum gab es in den zwei Tagen gleich zwei Theateraufführungen, ein Dokumentationstheater der italienischen Theatergruppe *Di Nascosto* und ein experimentelles, von Macbeth inspiriertes Theaterstück einer Bagdader Gruppe.

Am Ende der Konferenz wurde ein Abschluss-Kommunique vereinbart, in dem Menschenrechte im Allgemeinen und bezüglich Frauen, Medien und Gewerkschaften im Konkreten eingefordert werden, wo aber auch die Internationalen aufgefordert waren, sich an konkreten Projekten zu beteiligen, etwa dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern, einer Kampagne zur Entschädigung von Opfern von Uranmunition, die Unterstützung weiterer Wochen der Gewaltfreiheit u.v.m.,

So gesehen waren die Ergebnisse mehr als bloße Absichtserklärungen, nämlich ein Arbeitsprogramm für die irakische und internationale Zivilgesellschaft.

Es bleibt ein Fazit, das vorsichtig optimistisch ist, weniger, was die Situation der christlichen Minderheiten anbetrifft, aber schon was die irakische Gesellschaft insgesamt angeht. Allerdings benötigen die irakischen zivilgesellschaftlichen Gruppen tatsächlich die solidarische (und nicht bevormundende) Unterstützung internationaler Bewegungen.

Stephan Brües ist **ZivilCourage**-*Redakteur.*

Pink is hot, war is not!

War-Starts-Here-Action-Camp in Lulea in Schweden

Von Christoph Neeb

In Norrbotten, der nördlichsten Provinz Schwedens, gibt es ein Sperrgebiet fast so groß wie Belgien, in welchem eine möglichst effektive Zerstörung geprobt wird. Dort üben Piloten mit ihren Kampfjets und dort werden Drohnen getestet. Die Nato hat dieses Gelände 2009 genutzt, was jeden überrascht, der noch an die Neutralität Schwedens glaubt. Da im Vorjahr alles so gut geklappt hatte, nutzten die USA selbst das Gebiet 2010. Vorher waren schon europäische Länder da wie Spanien, Italien, Niederlande und Ungarn.

Dieses Sperrgebiet wird als „North European Aerospace Testrange" kurz *Neat* bezeichnet, was dort geschieht, ist jedoch alles andere als nett.

Selbst in Norrbotten wissen viele nicht, was in ihrer Provinz vor sich geht. Dies zu ändern und die Schließung dieses militärischen Testgeländes zu erwirken, war schon vor Jahren das Ziel von Gun-Britt Mäkitalo von Frauen für den Frieden. Ich habe sie am ersten Tag des Action-Camps kennen gelernt, und sie hat auch mir gleich von ihren Aktivitäten erzählt. Sie hat vor einigen Jahren aus der Lokalpresse in Kiruna, wo sie lebt, erfahren, was vor ihrer Haustür stattfindet und nun schließlich Unterstützung von der schwedischen antimilitaristischen Organisation *Ofog* erhalten, die inzwischen zu den War Resisters' International gehört.

Ofog hatte für die Zeit vom 22. bis 29. Juli ein Action-Camp gegen *Neat* organisiert mit Teilnehmern aus Europa, Süd- und Nordamerika, Südafrika und Ostasien *(siehe auch den Bericht in der* **Zivil-Courage** *3/2011; aus Platzgründen konnte dieser Bericht von Christoph Neeb in der letzten Ausgabe nicht erscheinen)*. In dessen Mittelpunkt standen eine Kundgebung und Aktionen des Zivilen Ungehorsams am Dienstag, den 26. Juli, an und in dem südlichen Teil des *Neat* in der Nähe von Vidsel. „Come as pink as possible!" und „Think pink!" lauteten die Aufforderungen an die Aktivisten, die pinke T-Shirts mit dem Motto des Action-Camps „War starts here – let's stop it here!" erwerben konnten.

Vidsel liegt ca. 100 Kilometer westlich von Lulea. Dorthin begaben sich die Aktivisten mit Autos und Bussen in einer Hauptgruppe von über 100 Leuten und in einigen Kleingruppen, die schon am Montag starteten. Insgesamt waren 200 Leute unterwegs, von denen 170 schließlich das Sperrgebiet betraten und von denen wiederum 28 festgenommen wurden. Es gelang zwei Gruppen, bis zum umzäunten Militärflugfeld bei Vidsel vorzudringen und dort auf dem Rollfeld das Friedenssymbol und Parolen wie „War starts here!" in Pink auf die Landebahn zu malen. Nachdem die Hauptgruppe in einem Demonstrationszug auf die Zufahrt zum Flugfeld gezogen war, auch dort das Friedenssymbol und Parolen auf die Straße gemalt hatte, ein Die-In veranstaltet hatte und pinke Lufballons hatte fliegen lassen, ging die Mehrheit der Aktivisten in das an dieser Stelle nicht abgeriegelte, aber ausgeschilderte Sperrgebiet in der Nähe des Rollfeldes. Die ganze Zeit über herrschte überall Partystimmung. Jede Alterstufe war vertreten, auch Kinder waren dabei. Sie haben jedoch selbstverständlich das Sperrgebiet nicht betreten.

Es ging darum, *Neat* mit Pink zu kennzeichnen und so für jeden sichtbar zu machen. Zu diesem Zweck war die Hauptgruppe bereits auf der Hinfahrt aus den Bussen und Autos gestiegen, um die Straße nach Vidsel zeitweise zu blockieren und mit einem großen pinken Pfeil und Parolen zu versehen.

Am Freitag und Montag vor der Aktion bei Vidsel fanden Action-Trainings statt und es gab Informationen zu rechtlichen Fragen rund um *Neat* und der Aktion bei Vidsel. Am Montagabend gab es Workshops rund um die Themen Humor, Musik und Umgang mit den Massenmedien.

Am Samstagvormittag fand eine Kundgebung gegen *Neat* in der Innenstadt von Lulea mit ca. 300 Teilnehmern statt. Vor der eigentlichen Kundgebung wurde der Opfer der Anschläge von Oslo und Utøya gedacht. Ansonsten spielten die Geschehnisse dort beim Action-Camp so gut wie keine Rolle. Samstag und Sonntag waren als Seminartage vorgesehen. Es ging um alle Themen rund um Militär und Rüstung: Die weltweite Rüstungsindustrie, Rüstungsexporte, Krieg und Klimawandel, Öl und Gas in der Arktis, Frauenrechte und Menschenrechte als Vorwände für militärische Interventionen, Feminismus, Queer und Antimilitarismus, was es heißt, Militarismus auf allen Ebenen des Lebens zurückzuweisen, neue Militärtechnik mit Hilfe von Drohnen und Satelliten, die Militarisierung des Weltraums, militärische Nutzung der Gebiete indigener Völker, Nato, EU und die vorgeblich neutralen Staaten, Atomindustrie und Atomwaffen.

Besonders in Erinnerung bleiben wird mir der verärgert-engagierte Vortrag zum Wettlauf um Öl und Gas in der Arktis von Agneta Norberg. Sie hat die Nato-Aktivitäten bezüglich der Arktis und die Rolle der skandinavischen Länder beschrieben sowie die Übungen der Nato und der USA in dem *Neat* in diesen Zusammenhang eingeordnet.

Die drei Tage nach der Aktion bei Vidsel waren die Teilnehmer damit beschäftigt, die Aktion zu bewerten, gegen die Inhaftierungen zu protestieren und mit weiteren Aktionen in Lulea und auf dem Gelände des *Neat* auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Dort auftauchen, wo keiner mit uns rechnet

Die Organisatoren von *Ofog* waren selbst überrascht davon, wie viele Teilnehmer nach dem Die-In am Dienstag das Sperrgebiet betreten hatten. „This was the action, we always will refer to" hieß es übereinstimmend.

Tatsächlich war es gelungen, durch genaue Informationen darüber, wie der Ort der Aktion aussieht, welche Teilnahmemöglichkeiten bestehen und welche strafrechtlichen Konsequenzen zu erwarten sind, bei gleichzeitiger Verbreitung von guter Stimmung fast allen Aktivisten jegliche vielleicht noch bestehende Bedenken zu nehmen. Die Aktivisten von *Ofog* vermittelten stets den Eindruck, dass sie genau wissen, was sie tun und dass es den Aktivisten freisteht, selbst zu bestimmen, welches Risiko sie eingehen. Und sie informierten ausführlich darüber, warum *Neat* illegitim ist und es deswegen legitim ist, dagegen mit zivilem Ungehorsam vorzugehen.

Sich an der Grenze des Sperrgebiets aufzuhalten, ist grundsätzlich nicht verboten. Das Die-In fand noch außerhalb des Sperrgebiets statt. Daran teilzunehmen war also recht ungefährlich. Danach konnte jeder selbst entscheiden, inwieweit er die anwesenden Sicherheitskräfte provozieren wollte. Gelegenheiten gab es genug, Hinweisschilder, die man ignorieren konnte, das Fotografierverbot am und im Sperrgebiet, die Zäune um das Flugfeld etc.

Die Sicherheitskräfte vor Ort, Polizei und Sicherheitsdienst, waren in einer erstaunlich kleinen Zahl präsent. Auch sie waren von der Entschlossenheit der Aktivisten überrascht. *Ofog* hatte Polizei und Militär zwar vorab davon unterrichtet, dass die Teilnehmer des Camps zum Flugplatz bei Vidsel kommen würden, jedoch hatten die Sicherheitskräfte diese Vorankündigungen anscheinend nicht besonders ernst genommen.

Zehn der Festgenommenen, ausnahmslos Nicht-Skandinavier, wurden in Lulea inhaftiert und nach und nach im Laufe des Mittwochs und Donnerstags freigelassen. Von diesen zehn weigerten sich eine Aktivistin und ein Aktivist, ihre Vergehen wie unbefugtes Betreten, Fotografieren und Vandalismus zuzugeben und ohne Verhandlung eine Geldstrafe zu zahlen. Deswegen hatte die betroffene Aktivistin am Donnerstag eine Anhörung vor einem Richter, bei der diese unter dem großen Applaus vieler anwesender Aktivisten eine politische Erklärung zu ihren Vergehen verlas. Der Richter hatte zu entscheiden, ob sie inhaftiert bleibt. Da jedoch eine weitere Inhaftierung bis zur Verhandlung in keinem Verhältnis zur zu erwartenden Geldstrafe gestanden hätte, sah sich der Richter veranlasst, die Freilassung zu verfügen. Der letzte verbliebene Inhaftierte wurde daraufhin ohne Anhörung freigelassen.

Das Presseecho fand ich insofern etwas enttäuschend, als die Aktion bei Vidsel es nicht in die nationalen Medien schaffte. In den regionalen Medien, Presse, Funk und Fernsehen, wurde jedoch sehr ausführlich darüber berichtet. Die Vorgänge in Oslo und auf Utøya haben die nationalen Medien in Schweden während der ganzen Zeit beherrscht.

Die Bevölkerung in Lulea reagierte unterschiedlich, neben negativen Leserbriefen gab es Zuspruch auf der Straße mit dem Tenor: „Wir finden es gut, was Ihr hier macht!“ Einige reagierten jedoch auch verständnislos auf unsere Protestaktionen. Ein Einheimischer erklärte mir, die Welt sei in letzter Zeit doch immer friedlicher geworden. Es gebe keine Kriege mehr zwischen den Staaten wie früher. Nur der Terrorismus sei noch ein Problem.

Das Action-Camp war international ausgerichtet und hatte den neuen Interventionismus als thematischen Mittelpunkt. Dies hat mich veranlasst teilzunehmen, weil für mich seit dem Anfang der 90-er Jahre Out-of-Area-Einsätze im Mittelpunkt meines friedenspolitischen Interesses stehen. Ich war sehr überrascht darüber, der einzige aus Südwestdeutschland zu sein.

Vor Ort konnte ich unmittelbar erleben, was das *Neat* für die lokale Bevölkerung bedeutet. Seit meiner Kindheit in einer westdeutschen Garnisonsstadt habe ich es nicht mehr erlebt, dass so oft Kampflugzeuge über mich hinweggedonnert sind.

Außerdem werde ich als dauerhaften Eindruck mitnehmen, wie ähnlich die Probleme Schwedens und Deutschlands sind. Beide Länder sehen sich von der Nato und den USA unter Druck gesetzt, nach und nach und ohne öffentliche Diskussion von dem Kernpunkt ihrer Außen- und Sicherheitspolitik abzurücken. In Schweden ist dies die Neutralität, in Deutschland das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskriegs.

Ofog habe ich erlebt als eine Organisation engagierter Aktivisten mit einem deutlich niedrigeren Altersdurchschnitt als in der DFG-VK, die auf der Höhe der gegenwärtigen politischen Lage denken und handeln. Die teilnehmenden Aktivisten wurden dazu angehalten, in ihren Bezugsgruppen konsequent nach dem Konsensprinzip zu verfahren. Unter den Teilnehmern herrschte eine große Sensibilität für Gewalt, für Menschenwürde und für die Auswirkungen des eigenen Tuns. So wurde es von der überwiegenden Mehrheit der Aktivisten zum Beispiel abgelehnt, die Zufahrt zum Polizeigebäude, in welchem sich die Inhaftierten befanden, dauerhaft zu blockieren. Begründung: Dies könnte die Polizei von berechtigten und für andere eventuell lebenswichtigen Einsätzen abhalten. Trotzdem war das gesamte Action-Camp eher antimilitaristisch und weniger pazifistisch ausgerichtet. *Ofog* hat vorgeführt, dass eine konsequent antimilitaristische Haltung bei gleichzeitiger Achtung der Menschenwürde einzelner Polizisten oder Soldaten möglich ist.

In den an alle ausgeteilten Leitlinien für die Aktionen wurden die Aktivisten dazu aufgefordert, niemandem gegenüber einschüchternd oder in eine Macho-Haltung aufzutreten. Es ist *Ofog* gelungen, während sämtlicher Aktionen eine friedliche humorvolle und auch gegenüber Sicherheitskräften respektvolle Stimmung zu erhalten.

Einen weiteren Grund dafür, dass das Action-Camp gelungen ist, sehe ich im Überraschungseffekt. Vielleicht ist es tatsächlich die Lösung, auch in Zukunft nicht dorthin zu fahren, wo man uns sowieso erwartet wie zum Beispiel in Straßburg, wo schon die Polizei in Uniform und Zivil, die Spitzel, die Provokateure, der schwarze Block etc. auf uns warten und Medienbilder erzeugen wollen, die uns diskreditieren, sondern dort aufzutauchen und Party zu machen, wo keiner mit uns rechnet.

Gun-Britt Mäkitalo wünscht sich weitere Aktionen gegen *Neat* mit noch mehr Teilnehmern, sie sprach von 40.000, vielleicht schon nächstes Jahr.

Christoph Neeb ist aus Freiburg ist baden-württembergischer Delegierter beim DFG-VK-Bundesausschuss.

Zivilklauseln gegen Militarisierung

Lehre und Forschung müssen friedlich bleiben

Von Cornelia Mannewitz

Seit ihrem Bundeskongress Anfang Oktober unterstützt die DFG-VK die Zivilklauselbewegung. Der Antrag kam vom Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und wurde als einer der „unproblematischen" Anträge schnell angenommen. Was bedeutet das aber nun?

Keine Forschung für Rüstungszwecke

In der Öffentlichkeit ist der Name dieser Bewegung wohl seit einem Artikel in der FAZ vom 12. Januar 2011 angekommen. Sein Erscheinen fiel in eine heiße Phase neuerlicher Bemühungen um die Rettung der Zivilklausel am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Diese 2009 aus einer Fusion des Kernforschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe entstandene Einrichtung hat gewissermaßen eine halbe Zivilklausel: Eine Zivilklausel hatte nur das Forschungszentrum – ihre Ausweitung auf das gesamte KIT ist bis heute nicht gelungen. Der Forschungsraum KIT ist im Gegenteil auf dem Weg, ein zivil-militärischer Großforschungskomplex zu werden.

Die Verhältnisse am KIT kennzeichnen die Problematik recht gut: Hochschulen und Forschungseinrichtungen erklären sich für autonom, bilden Cluster, werben Drittmittel ein, entlassen ihre Studierenden aus Kurzstudiengängen zur weiteren Zurichtung für kurzfristige Marktinteressen, wirtschaften eigenständig, beschneiden ihre Selbstverwaltungsgremien, professionalisieren ihr Management und lassen einen weitgehend extern besetzten Rat über ihre Strategie entscheiden. Ein Abbild des offiziellen bundesdeutschen gesellschaftlichen Selbstverständnisses, das „gesellschaftliche Verantwortung" buchstabiert wie „Verantwortung gegenüber der Wirtschaft". Eine freiwillige Selbstverpflichtung zu friedlicher Lehre und Forschung, wie es eine Zivilklausel ist, scheint in ein solches Umfeld gar nicht zu passen. Aber es gibt sie:

- „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können." (Universität Bremen 1986)
- „Der Große Senat der Universität Konstanz gibt seiner tiefen Sorge und Bestürzung über die derzeitige Lage am Golf Ausdruck. (...) Der Große Senat fordert alle verantwortlichen Politiker und Politikerinnen auf, sich gegen Krieg einzusetzen. Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen, an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird." (Universität Konstanz 1991)
- „Der Akademische Senat (AS) begrüßt die Diskussion innerhalb der Universität, die darauf abzielt, rüstungsrelevante Forschung auch nach Wegfall der alliierten Bestimmungen an der TU Berlin zu verhindern. Die Mitglieder des AS sind sich darüber einig, dass an der TU Berlin keine Rüstungsforschung durchgeführt werden soll. (...) Es sollen daher von der TU Berlin bzw. von ihren Forschungseinrichtungen keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschung entgegengenommen werden. (...) wird (...) für rüstungsrelevante Forschungsvorhaben die Verwaltung der Mittel von der TU Berlin nicht übernommen. Mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in solchen Vorhaben, die aus Mitteln Dritter bezahlt werden, schließt die TU Berlin keine Arbeitsverträge ab. (...) Weiterhin werden von der TU-internen Forschungsförderung keine Mittel zur Durchführung rüstungsrelevanter Forschung bereitgestellt." (Technische Universität Berlin 1991)
- „Die den Hochschulen vom Land zur Verfügung gestellte Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln soll ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen (...)." (Universität Oldenburg 1994)
- „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen." (Universität Tübingen 2009)

Formulierungen wie diese finden sich in Senatsbeschlüssen, Grundordnungen und im Falle Niedersachsens zeitweise auch im Landeshochschulgesetz. Die Tübinger Formulierung hat in den vergangenen Monaten bundesweit eine gewisse Vorbildwirkung entwickelt. Sie hatten alle gute politische Gründe: in Konstanz Diskussionen über die Verantwortung der Wissenschaft aus Anlass eines konkreten Krieges, an der TU die neue Situation Westberlins nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, in Oldenburg die Verpflichtung auf den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität, in Tübingen Forderungen des Bildungsstreiks 2009. Niemand kann sagen, dass diese Gründe nicht weiterbestehen. Es muss also ein ebenso politischer Wille daran interessiert sein, die Zivilklauseln zu kippen, und es ist an der Zeit, dagegen etwas zu tun.

„Schulfrei für die Bundeswehr" mit der Zivilklauselbewegung verbinden

Mindestens zwei Hochschul-Initiativen brauchen akut Unterstützung für die Erhaltung ihrer Zivilklauseln:

- In Bremen wird, völlig unverschleiert, für eine Stiftungsprofessur für Raumfahrttechnologie des Rüstungsunternehmens OHB System AG (unter anderem Produzenten für das Aufklärungssatellitensystem SAR-Lupe der Bundeswehr) gefordert, dass die Zivilklausel geändert wird. Die Unternehmensinhaber sind bereits Ehrenbürger und Förderer der Universität. Die Gegner schlagen einen Lehrstuhl für Rüstungskonversionsforschung vor.
- In Tübingen fand unter der Leitung der Bundeswehrangehörigen Dr. Monika Lanik ein Seminar zur Ethnologie statt. Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Nato-Sicherheitskonferenz, ist Honorarprofessor. Ein geisteswissenschaftlicher Sonderforschungsbereich zum Thema „Bedrohte Ordnungen" mit Forschung zu „Regelhaftigkeiten" von Revolutionen, Krisensituationen und sozialen Umbrüchen entsteht. Gerade läuft in Tübingen, gut verpackt als Diskussionsangebot, eine Vorlesungsreihe „Zum Frieden verpflichtet: Chancen und Herausforderungen der Tübinger Zivilklausel", zu der auch Vertreter der Friedensbewegung als Referenten ein- und inzwischen bereits wieder ausgeladen wurden. In Tübingen forscht man auch zu Rüs-

tung, mit Mitteln aus dem Bundesverteidigungsministerium.

Dazu sollen Zivilklauseln an weiteren Hochschulen installiert werden. Gearbeitet wird mit allen Mitteln: Veranstaltungen an den Hochschulstandorten, Offene Briefe, Onlinepetitionen, Lobbyarbeit unter Politikern, Urabstimmungen in der Studierendenschaft (ein Beispiel: Köln, wo auf diese Weise eine umfangreiche Diskussion an der Universität entfacht wurde), Wahlprüfsteine für Landtagswahlen und zur Selbstverständigung und Weiterqualifizierung Kongresse und Treffen der Initiativen des tragenden Bündnisses „Hochschulen für den Frieden".

Allein die Kongresse sind etwas, was es so seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Der erste Kongress fand im Mai an der TU Braunschweig statt. Ein zunächst nur für Baden-Württemberg geplantes Treffen in Tübingen im Oktober (die DFG-VK war bereits Miteinladerin) wuchs sich durch die Teilnahme Interessierter aus 12 Hochschulen bundesweit zu einem zweiten aus. Noch nicht ausreichend präsent ist das Thema auf der Straße. Aber zum Weltfriedenstag/Antikriegstag lag ein internationaler Appell gegen Rüstungsforschung auf manchen Infotischen, und im Bildungsstreik im November wurden an mehreren Orten Forderungen der Zivilklauselbewegung erhoben. Angedacht sind Aktionstage. Auch die internationale Vernetzung soll ausgebaut werden.

Die Befürworter der Zivilklauseln sehen sich mit zwei Hauptargumenten konfrontiert: Erstens verstoße eine Zivilklausel gegen die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung. Zweitens sei nie auszuschließen, dass eine Entwicklung auch militärisch genutzt werden könne – das Phänomen des Dual Use. Gegen das erste steht ein juristisches Gutachten über die Friedensfinalität des Grundgesetzes, das vor Jahren für das KIT erarbeitet wurde. Gegen das zweite stehen Erfahrungen, dass Dual Use oft genug geplant ist, besonders bei Luft- und Raumfahrt und Nukleartechnologie. Und wie frei ist eine Wissenschaft, die sich von Auftraggebern bezahlen lässt?

Allerdings bewegt man sich auf kompliziertem Terrain: Einen Werbetruck auf dem Schulhof oder einen Jugendoffizier in der Klasse erkennt jeder, und über ihre Aufgaben kann kein Zweifel bestehen. Aber konkret etwas gegen einen Seminarschein zu sagen, den Studierende der Politikwissenschaft bei einem POL&IS-Spiel erwerben können, einen ganzen Masterstudiengang wie die „Military Studies" an der Universität Potsdam anzufechten, Militarismus und Eroberungspolitik auch

Kongress: Nein zu Militarisierung von Forschung und Lehre - Ja zur Zivilklausel

Podiumsdiskussion
am 29. Mai 2011
Haus der Wissenschaft

im Gewand von Medizin- und Sicherheitsforschung erkennbar zu machen, heilige Kühe des akademischen Diskurses zu schlachten und im Milieu des wissenschaftlichen Prekariats Widerstand zu organisieren - das sind Herausforderungen an inhaltliche und methodische Vielfalt. Dabei wird hier ganz besonders deutlich, wie sich die geistige Basis der Heimatfront formiert, wie Krieg in den Köpfen der intellektuellen Meinungsführerschaft zur Selbstverständlichkeit wird und wie groß die Gefahr ist, dass die „Entscheidungsträger" der Zukunft genau mit diesem Gedanken„gut" ihre wissenschaftlichen Lorbeeren erwerben und sie als Bildungsgut an die folgende Generation weitergeben. Es ist daher jedes Mal auch die Zukunft von Wissenschaft und Gesellschaft, die verhandelt wird, wenn es um die Zivilklauseln geht.

Und: Auch die beste und womöglich unangefochtene Zivilklausel allein löst kein Problem. Sie muss in einem lebendigen Diskussionsprozess in Hochschule und Gesellschaft immer wieder neu begründet und verteidigt werden. „Forschung und ihre Förderung müssen ebenso wie die Vergabe von Honorar- und Stiftungsprofessuren im Vorfeld öffentlich diskutierbar und transparent sein. Notwendig ist eine grundlegende Demokratisierung der Hochschulen, ihre finanzielle Autonomie und ihre Öffnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren. Insbesondere an den Hochschulen, an denen bereits Zivilklauseln existieren, müssen Mechanismen entwickelt werden, die diese Transparenz sicherstellen und die Einbeziehung möglichst breiter Kreise in die daraus entstehenden Debatten garantieren", heißt es in der Abschlusserklärung des Tübinger Treffens vom Oktober.

Was kann die DFG-VK dafür tun? Gegen die Bundeswehr an Schulen tritt sie bereits kraftvoll auf. Mit der Zivilklauselbewegung kommt sie auch wieder mehr an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die DFG-VK könnte gerade mit ihrer Kampagnenerfahrung dazu beitragen, die Straßenpräsenz der Zivilklauselbewegung zu verbessern und damit ihre Forderungen noch mehr in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Sie könnte Referenten zur Verfügung stellen, die auf Veranstaltungen in den Hochschulen die Brücke zur Bewegung gegen die Bundeswehr an den Schulen schlagen. Gestützt auf ihre historischen Erfahrungen könnte sie mit Mitgliedern und Sympathisanten im akademischen Bereich aktiv für eine tatsächliche Friedensforschung kämpfen. Mitarbeitern in Lehre und Forschung, die sich der Militarisierung verweigern, könnte sie Solidarität erweisen und ihnen eine politische Heimat bieten. Und wir befinden uns in guter Gesellschaft: Auch Gewerkschaften sind Unterstützer der Zivilklauselbewegung – die GEW mit einem Hauptvorstandsbeschluss, ver.di mit einem Beschluss seines Bundeskongresses 2011; zusätzlich sind Teilorganisationen aktiv, sehr engagiert zum Beispiel die GEW Frankfurt/Main mit einer Tagung „Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen!" im Juni 2010. IMI unterstützt ebenfalls und der Friedensratschlag hat einen Workshop in sein Programm aufgenommen. Machen wir mit in der Zivilklauselbewegung: Informieren wir uns, schärfen wir unsere Argumente, erarbeiten wir Strategien, gewinnen wir neue Partner, machen wir die Friedensbewegung umfassend stark!

Cornelia Mannewitz ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

Links: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf; www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml; www.zivilklausel.uni-koeln.de; www.petitiononline.com/astauniB/petition.html; www.gew.de/Zivilklausel_an_Hochschulen_und_Forschungseinrichtungen.html; zivilklausel.org;

„Organisiert die Welt“

Tagung anlässlich der des 100. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an den DFG-Gründer Alfred Hermann Fried

Von Joachim Schramm

Das Potsdamer Rathaus war der repräsentative Ort, an dem am 28. und 29. Oktober die Tagung aus Anlass der 100. Wiederkehr der Friedensnobelpreisverleihung an den Pazifisten und Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft, Alfred Hermann Fried stattfand. Eingeladen hatten das International Peace Bureau (IPB), dem auch die DFG-VK angehört, in Zusammenarbeit u.a. mit dem Arbeitskreis Historische Friedensforschung und der Bertha-von-Suttner-Stiftung. Vor allem Guido Grünewald, internationaler Sprecher der DFG-VK, und Rainer Braun, Geschäftsführer der Ialana hatten diese außergewöhnliche Tagung auf die Beine gestellt.

Um die 40 TeilnehmerInnen aus den USA, Schweden, Norwegen, Großbritannien, Österreich, Deutschland und anderen Ländern waren zusammengekommen, um einen der herausragenden Vordenker der pazifistischen Bewegung zu würdigen. Doch vor allem seine Bedeutung für die heutige Auseinandersetzung um Krieg und Frieden sollte hinterfragt und diskutiert werden. Der Potsdamer Oberbürgermeister hatte ein Grußwort geschickt, in dem er das Wirken Frieds würdigte und auf Potsdams heutiges friedenspolitisches Engagement einging.

Guido Grünewald skizzierte in knappen Worten den bedeutenden Pazifisten, der heute leider weitgehend vergessen ist. Mit seinem Leitmotiv „Wenn Du den Krieg nicht willst, organisiere die Welt“ habe Fried die Vorarbeit geleistet für den Aufbau einer Friedensordnung, wie sie zumindest in Ansätzen heute existiert. Fried war sowohl Theoretiker als auch Pazifist der Tat, so Grünewald. Als Verleger, Journalist und Friedensforscher war er in einem breiten Feld der damaligen pazifistischen Bewegung tätig. Fried war Jude ohne religiöse Überzeugung und gehörte den Freimaurern an, bei denen er sich sozialreformerisch betätigte.

Petra Schönemann-Behrens, die in diesem Jahr die erste Biographie Frieds veröffentlicht hat *(siehe Kasten)*, zeichnete das Leben Alfred Hermann Frieds nach, der 1864 in Wien geboren wurde. 1891 kam er in Kontakt zu Bertha von Suttner und auf diesem Weg zur Friedensbewegung. Mit Suttner zusammen gründete er die Zeitschrift „Die Waffen nieder“, später gab er die für die pazifistische Bewegung bedeutsame Zeitschrift „Die Friedeswarte“ heraus, die bis heute erscheint. 1892 gründete er gemeinsam mit Bertha von Suttner die Deutsche Friedensgesellschaft. Er gehörte dem ersten Vorstand an, es kam aber schon bald zum Bruch mit den Vorstandskollegen. Fried wollte die Massen von der Friedensidee überzeugen und aktivieren, er konzentrierte sich auf die Veröffentlichung von Büchern und Artikeln.

Christoph Jahr von der Berliner Humboldt-Universität und Sandi E. Cooper von der New York University gaben einen Überblick über die Zeit Alfred Frieds, die zum einen gekennzeichnet war von Antisemitismus, Militarismus und Nationalismus, zum anderen aber auch durch liberale Strömungen und vom Entstehen internationaler Zusammenschlüsse und Verbände. Die Friedensbewegung in der Zeit orientierte sich an diesen liberalen Strömungen, stand den sozialistischen Bewegungen eher skeptisch gegenüber. Und sie organisierte sich international, tauschte sich aus, veranstaltete internationale Treffen und Kongresse.

Peter van den Dungen von der Bradford University erläuterte die Hauptleistung Frieds: die Entwicklung der Theorie des radikalen oder ursächlichen Pazifismus. Im Gegensatz zu früheren Vertretern des Pazifismus, die den Krieg moralisch verdammten, versuchte Fried, eine wissenschaftliche Grundlage zur Ablehnung des Krieges zu schaffen. Dabei ging er davon aus, dass Krieg vor allem durch den unorganisierten Zustand der Staatenwelt entsteht, in dem Konflikte nicht anders geregelt werden können als durch Gewalt. In dem bereits begonnenen Prozess hin zur Organisation der Staatenwelt, der Entstehung von internationalen Organisationen und Verbänden, immer verflochteneren Handelsbeziehungen und der Entwicklung eines Völkerrechts sah er den Weg hin zu einer Welt, in der Krieg eine überholte Form der Auseinandersetzung ist. Krieg behindere die Weiterentwicklung der Staaten und werde daher verschwinden. Dies sei ein natürlicher Prozess, so die These von Fried, den die Friedensbewegung nicht mehr initiieren müsse, aber ihn doch allgemein bewusst machen und verstärken müsse. Seine Parole lautete daher „Organisiert die Welt!“. Obwohl er von diesem natürlichen Prozess ausging, sah er die Notwendigkeit, die Interessen zu überwinden, die vom Krieg profitieren. Auch sah er die Notwendigkeit, die Massen gegen die Idee des Krieges immun zu machen und die Idee des Friedens zu verbreiten.

Peter van den Dungen zeigte auf, an wie vielen Punkten Fried Entwicklungen quasi vorhergesehen hat oder Theorieansätze entwickelt hat, die heute noch diskutiert werden. Wenn wir heute die Uno mit ihren Nebenorganisationen sehen, wenn wir über Weltbank und Währungsfonds reden, wenn wir eine Globalisierung beschreiben, dann sind das alles Entwicklungen, die Fried mit seinem „Organisiert die Welt“ gemeint hat. Und Frieds Einfluss auf die Entwicklung des Völkerbundes als Vorläufer der Uno ist sicherlich nachzuvollziehen. Auch in der organisierten Staatenwelt sah Fried die Notwendigkeit einer Militärmacht in Form einer Polizei, etwas, was in Form der Uno-Blauhelme vielleicht heute existiert, aber heftig umstritten ist. Fried wies darauf hin, dass auch in Zeiten der Abwesenheit von Krieg Hunger, Leid und Zerstörung herrsche, eine frühe Idee von der strukturellen Gewalt. Und mit seiner Annahme, dass es weiterhin zwischenstaatliche Konflikte geben werde, die man jedoch ohne Krieg lösen müsse, beschrieb er Grundannahmen der heutigen Zivilen Konfliktbearbeitung.

Frieds Wirken hatte einen breiten Einfluss auf die Entwicklung der damaligen

Friedensbewegung. Mehrere Referenten der Tagung wiesen auf seine Unterstützung der aufkommenden Frauenfriedensbewegung hin, auf seinen Einfluss auf die Entwicklung des Völkerrechts, auf sein Wirken im Bereich des Friedensjournalismus. Der Erste Weltkrieg überraschte Fried wie die gesamte Friedensbewegung. Noch für den Sommer 1914 war in Wien eine internationale Konferenz der Friedensbewegung geplant, die erst kurz vorher abgesagt wurde. Fried emigrierte in die Schweiz, von wo aus er den Verlauf des Krieges in seinem später veröffentlichten Kriegstagebuch festhielt und kommentierte. Die Wucht und Grausamkeit der Militärmaschinerie ließen ihn an der Vernunft der Menschheit zweifeln. Aber er hielt fest, dass der Völkerhass künstlich erzeugt werde, dass seitens der Politik eine geistige Mobilisierung zum Krieg stattgefunden habe. Fried setzte sich für einen Verständigungsfrieden zur Beendigung des Krieges ein. Durch einen Zwangsfrieden zu Lasten einer Seite sah er die Saat für den nächsten Krieg bereits gelegt, eine Kritik, die sich bestätigen sollte. In Deutschland und Österreich wird er öffentlich als Verräter gebranntmarkt, international aber als führender Vertreter des Pazifismus anerkannt.

Fried überlebte den Krieg nur wenige Jahre. Zurückgekehrt nach Österreich, fand er nur wenig Unterstützung, er hatte keine feste Wohnung. Unter diesen unsicheren Umständen zog er sich eine Lungenentzündung zu, an der er 1921 stirbt.

Zur Aktualität Alfred H. Frieds

Was ist von Frieds Ideen heute noch relevant? Darauf versuchte am Schluss der Tagung Prof. Ulrich Schneckener von der Universität Osnabrück, der für den verhinderten Dieter Senghaas eingesprungen war, aus politikwissenschaftlicher Sicht Antworten zu geben. Schneckener verwies darauf, dass Fried in einigen Punkten falsch gelegen habe: In seinem Glauben an die Technik, in seinem mechanistischen Weltbild und in seiner Annahme, die Organisation der Staatenwelt vollziehe sich als natürlicher Prozess.

Recht behalten habe er in anderen Punkten: Die Welt sei heute eindeutig organisierter sei als zu Frieds Zeiten. Die nationalstaatliche Souveränität sei eingegrenzt. Die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege sei zurückgegangen. Dafür sei aber die Zahl der innerstaatlichen und „internationalisierten“ zwischenstaatlichen Kriege gestiegen. In Bezug auf die zwischenstaatlichen Krieg habe Fried also Recht behalten. Sein Blick habe auch vorrangig nur der Staatenwelt gegolten. Und dieser Blick sei auch heute notwendig, da die Organisation der Welt nicht gesichert sei. Gerade in den letzten Jahren sei des Uno-System geschwächt worden, Gegenprozesse zur Organisation der Staatenwelt seien zu beobachten. Als postkoloniales Erbe erodiere die Staatlichkeit in bestimmten Regionen. Außerdem sei eine Renaissance des alten Nationenverständnisses zu verzeichnen, in dem die eigenen Interessen wieder in den Vordergrund geschoben werden: Als Bespiel nannte Schneckener die BRICS-Staaten (**B**rasilien, **R**ussland, **I**ndien, **C**hina, **S**üdafrika). Verstärkt werde dieser Prozess durch die US-Außenpolitik besonders nach dem 11.9.2001. Auch die EU verfolge verstärkt eigene Interessen.

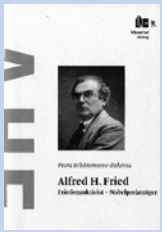
Die unzureichende Legitimation der Weltorganisation sei ein zentrales Problem. In die sich auftuenden Lücken stießen so genannte informelle Clubs der Willigen (zur Lösung konkreter Probleme) oder Clubs der Relevanten (G8, G20). Schnekeners Ausblick: Diese Entwicklung setzt sich fort, zu Lasten der Armen und Schwachen.

In der abschließenden Diskussion wurde auf die problematische Rolle des Uno-Sicherheitsrates verwiesen, und die US-Sonderrolle in der Welt gelte es zu delegitimieren. Es wurde das stärkere Engagement der Zivilgesellschaft eingefordert, die Hoffnung auf „grassroot“-Bewegungen geäußert. Positiv wurde aber betont, dass die Mächte sich heute an der notwendigen Legitimation ihres Handelns durch die Uno und das Völkerrecht abarbeiten müssten, also in ihrem Handeln eingeschränkt seien.

Es fehlte der Tagung die stärkere Herausarbeitung der Kräfte und Prozesse, die Frieds Theorie von der organisierten und Krieg verneinenden Staatenwelt entgegenstehen. Die Rolle des weltweiten kapitalistischen Staatensystems und der Globalisierung wurden, wenn überhaupt, nur am Rande gestreift. Auch die Frage etwa nach dem Wirken des militärisch-industriellen Komplexes kam nicht vor. Hier bleibt Raum, vielleicht für eine weitere Tagung, in jedem Fall für Diskussionsprozesse innerhalb der DFG-VK und der ganzen Friedensbewegung.

In Potsdam hat eine interessante Tagung stattgefunden, die die Bedeutung pazifistischen Handelns und Theorieentwicklung deutlich gemacht hat. Ein Stück weit auch Selbstbestärkung in einer Zeit, in der Krieg wieder zunehmend Mittel der Politik wird. Der DFG-VK ist zu empfehlen, sich auf ihre Vordenker wie gerade Alfred Hermann Fried wieder stärker zu besinnen, zwar kritisch, aber auch offen nach ihrer heutigen Bedeutung zu schauen. Denn neben den notwendigen Kämpfen gegen aktuelle Kriege, gegen Aufrüstung und Militarisierung bleibt die Aufgabe, den Menschen auch theoretisch fundiert Entwürfe einer Welt ohne Krieg anzubieten.

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.



Petra Schönemann-Behrens: Alfred H. Fried. Friedensaktivist – Nobelpreisträger. Zürich 2011; 448 S.; 22,80 Euro; ISBN 978-3-905894-10-3

Er gab zusammen mit Bertha von Suttner die pazifistische Zeitschrift „Die Waffen nieder!“ heraus und war Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft. 1911, vor genau hundert Jahren, wurde Alfred H. Fried der Friedensnobelpreis verliehen.

Petra Schönemann-Behrens erzählt das Leben des unermüdlichen Friedenskämpfers und Schriftstellers und nimmt ausführlich Bezug auf seine entbehrungsreichen Jahre (1914 bis 1919) im Schweizer Exil.

Alfred Hermann Fried (1864 bis1921) ist gerade 17 Jahre alt, als er in Wien Kriegsbilder des russischen Malers Wereschagin sieht, die ihn nicht mehr loslassen.

Als ältester Sohn einer armen jüdischen Familie in Wien geboren, geht er nach der Ausbildung zunächst nach Berlin, wo er als Buchhändler und Verleger arbeitet. 1891 schließt er sich der Friedensnobelpreis-Trägerin Bertha von Suttner an und wird schon bald einer der führenden Köpfe der deutschsprachigen Friedensbewegung. 1892 gründet Fried die Deutsche Friedensgesellschaft, 1899 die bis heute existierende Zeitschrift „Die Friedens-Warte“. In zahlreichen Werken entwickelt er seine Theorie des organisatorischen Pazifismus, die viele spätere Entwicklungen vorwegnimmt. 1911 wird seine unermüdliche Arbeit mit dem Friedens-Nobelpreis belohnt. Dennoch stirbt Fried im Alter von 56 Jahren verarmt und von der Welt vergessen in seiner Geburtsstadt Wien. Das visionäre Potenzial seiner Ideen sollte sich der Menschheit erst nach zwei grausamen Weltkriegen erschließen.

Foto: Joachim Schramm

Petra Schönemann-Behrens, geboren 1962, studierte Germanistik und Geschichte. 1999 begann sie mit den Forschungen über Alfred H. Fried, die 2004 in eine historisch-biographische Dissertation an der Universität Bremen mündeten. Heute leitet sie u.a. historische Projekte an Schulen.

Gewaltlos gegen den Krieg

Die Lebenserinnerungen des streitbaren Pazifisten Andreas Buro

Von Ulrich Frey

Was Einzelne leisten, wie sie Menschen bewegen und das gesellschaftliche und politische Leben ihrer Zeit beeinflussen, erschließt sich am lebendigsten aus Biografien und Autobiografien. Das gilt besonders für solche Zeitgenossen, die sich aus einer wertorientierten dezidiert gewaltfreien Lebenseinstellung heraus gegen den Strom in Auseinandersetzungen mit ihrer gesellschaftlichen und politischen Umwelt gestellt und sich selbst dabei nicht geschont haben. Nicht von allen, die dies getan haben, liegen gedruckte Zeugnisse vor.

Andreas Buro, Gewaltlos gegen den Krieg, Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten. Brandes & Apsel, 2011, 328 Seiten, 24,90 Euro; ISBN 978-3-86099-709-3

Die Lebenserinnerungen des „streitbaren Pazifisten“ Andreas Buro unter dem Titel „Gewaltlos gegen den Krieg“ sind ein reichhaltiges Zeugnis des Friedensschaffens in Deutschland und in anderen Teilen der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Buch ist ebenso gewinnbringend zu lesen wie die Biografien oder Autobiografien z.B. von Karlheinz Koppe, Lothar Kreyssig und aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Friedrich Siegmund-Schultze oder Eugen Rosenstock-Huessy, die sich zu ihrer Zeit alle um den öffentlichen Frieden verdient gemacht haben. Andreas Buro berichtet über 50 Jahre Arbeit in der Friedensbewegung. Mit großer Offenheit schildert er in diesem Zusammenhang sein persönliches und familiäres Leben, was seinem friedenspolitischen Zeugnis eine erhöhte Glaubwürdigkeit verschafft..

Doppelleben zwischen Beruf und Politik

Andreas Buro, 1928 in Berlin in eine bürgerliche Familie hinein geboren, hat den Zweiten Weltkrieg noch als Flakhelfer er- und überlebt. In der Ostzone und der frühen DDR machte er nach einem Forstdienst in Eberswalde und einem ersten Studium der Forstwirtschaft an der Humboldt-Universität in Berlin erste Erfahrungen mit dem realen Sozialismus und dessen Bildungspolitik. Eine berufliche Zukunft war ihm dort nicht möglich. Er ging mit Anfang 30 als stellvertretender Direktor zum Institut für Holzforschung in Braunschweig.

Bei der Internationale der Kriegsdienstgegner engagierte er sich gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik. Ihn beeindruckten die Satyagraha-Normen des Mahatma Gandhi, bei denen es „im Kern ... um die eigene Haltung dem anderen gegenüber“ ging: „Gib dem Kampf einen positiven Inhalt! Dehne die Ziele des Kampfes nicht aus! Schenke dem Gegner Vertrauen!“ (S. 84). Diese Normen prägten fortan Andreas Buros pazifistisch geprägtes Reden, Schreiben und Handeln, wie es in seinem geschilderten persönlichen, familiären, beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Leben erkennbar ist und wie seine Freunde und Freundinnen und wohl auch seine Gegner ihn persönlich erlebt haben.

In München und vor dort aus führte er zunächst ein „Doppelleben zwischen Beruf und Politik“: einerseits als Geschäftsführer eines kleinen Konzerns für Fabrikationsanlagen im Holzbereich, andererseits zunehmend aktiver in der Kampagne der Ostermarschbewegung für Demokratie und Abrüstung, gegen die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik. 1964 wurde er als Nachfolger von Konrad Tempel als Sprecher des Zentralen Ausschusses der Ostermarschbewegung gewählt, die sich selbst als „Außerparlamentarische Opposition“ bezeichnete. Der Vietnam-Krieg spielte eine wichtige Rolle in der Programmatik der Kampagne.

Im Jahre 1966 begann Andreas Buro ein Zweitstudium der Politologie in München, seine Industrie-Karriere hatte er abgebrochen. Ab 1968 lernte und lehrte er an der Frankfurter Universität, seit 1970 mit eigenen Lehrveranstaltungen als Dozent und später als Professor. 1979 reichte er im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main seine Habilitationsschrift „Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung? Lehren aus Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt“ ein.

1970 schieden Andreas Buro und andere Mitglieder aus der Kampagne für Demokratie und Abrüstung aus, weil sie „in der heutigen Situation strukturell überholt“ sei. Die Kampagne sei „als Sammlungsbewegung mit einer allgemeinen, notwendigerweise an vielen Stellen unscharf bleibenden Programmatik als Organisationsmittel für Zusammenarbeit der außerparlamentarischen Kräfte nicht mehr geeignet“ (S. 127).

An der Frankfurter Universität vermisste er beim Entstehen der RAF „eine öffentliche Diskussion über grundsätzliche Fragen der Gewaltanwendung. Das war eine gefährliche Situation für linke Politik, wie auch für die Politik der Gewaltfreiheit“ (S. 132). Der Kongress „Am Beispiel Angela Davis“ im Juni 1972, an dem Andreas Buro für das Sozialistische Büro (SB) mitwirkte, brach die damalige Faszination für Gewalt und machte die „zentrale Frage nach der gewaltsamen Austragung von Konflikten ... wieder einer rationalen, ethischen und moralischen Erörterung zugänglich“ (S. 134).

Das SB war 1969 für eine undogmatische sozialistische Politik mit der Zeitschrift „links-Sozialistische Zeitung“ von Arno Klönne, Chistel Beilmann, Klaus Vack und Andreas Buro gegründet worden. Das SB wandte sich mit dem Pfingstkongress 1976 gegen den unter der rot-gelben Regierung beschlossenen „Radikalenerlass“ gegen die Beschäftigung von „Rechts- und Linksradikalen“ im öffentli-

chen Dienst zum Schutz der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Für einen großen Ratschlag des SB zur sozialistischen Politik und Friedenssicherung 1980 resümierte Andreas Buro über Defensivsysteme, die Abrüstung bewirken könnten: „Sozialistische Politik der Friedenssicherung ist keine Politik der Gewalt gegen die Träger der Gewalt, gegen das Militär. Sie ist eine Politik der Veränderung von Bewusstsein und der Durchsetzung friedenssichernder Alternativen in Rüstung, Ökonomie und Gesellschaft auf der Basis massenhaften Interesses“ (S. 161). Das war schon ein Vorgriff auf die zivile Konfliktbearbeitung, der sich Andreas Buro in den nächsten Jahren besonders widmete.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie

Um sich mehr den Menschenrechten und ihrem Schutz gegen Verletzungen z.B. durch Berufsverbote, so genannte Demonstrationsdelikte, Justizwillkür in der Bundesrepublik zuzuwenden, gaben Anfang 1980 Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack und Andreas Buro, dessen friedenspolitischer Sprecher er heute ist, den Anstoß zur Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie als Teil der wachsenden sozialen Bewegungen. Gewaltfreiheit wertete das Komitee als „Teil des Bemühens um die Durchsetzung von Menschenrechten“ (S. 166). Das Komitee beteiligte sich an der neuen deutschen Friedensbewegung gegen die Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missile-Raketen infolge des Nato-Doppelbeschlusses von 1979. Die Ostermärsche lebten wieder auf. Andreas Buro beteiligte sich an den Blockaden am Ort der Stationierung von Raketen in Mutlangen und wurde wegen Nötigung nach § 240 Strafgesetzbuch verurteilt. Vor Gericht wandte er sich gegen den Versuch, Gewaltfreiheit zu kriminalisieren. Diese kritisierte Rechtsprechung wurde später von Gerichts wegen aufgehoben.

Andreas Buro vertrat in der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung in der deutschen und internationalen Debatte, auch in Moskau, als Alternative zur Politik der Nato ein striktes Defensivkonzept im Sinne einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“, das im Anschluss an Eckart Afheldt die Bedrohung des Gegners vermied und auch diesen zu defensivem Verhalten ermutigen sollte. Dadurch könnten „Entspannung und Abrüstung“ angeregt werden (S. 185). So dachten viele Gruppen in der bundesdeutschen Friedensbewegung, die im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung seit 1982 kooperierten.

1988 beendete Andreas Buro seine Lehrtätigkeit an der Frankfurter Universität, aber nicht seine friedenspolitische Arbeit. Das Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 und das Aufbrechen der bis dahin verdeckten Konflikte forderten neue Anstrengungen. Er schrieb 1989: „Das angestrebte Europa bedarf einer Ökonomie, die sich an ökologischen Kriterien und solchen des Armutsausgleichs orientiert. Hinlänglichkeit der Produktion für ein gutes Leben, das sich kulturell und nicht in erster Linie konsumistisch bestimmt, wird zu einer wichtigen Richtlinie. Eine solche Forderung zu erheben, heißt das Thema sozialistische Demokratie neu auf die Tagesordnung zu setzen. Zweifellos ein weiter Weg, der nur auf die Überzeugungskraft von Argumenten und auf ansteckende Beispiele anders geführten Lebens“ setzen kann (S. 215 f.).

Eine weitere Station seines Wirkens ist die Gründung der Helsinki Citizens Assembly (HCA) 1990 als Versuch, ein Netzwerk von demokratischen Basisgruppen in den KSZE-Staaten zu schaffen. Immer stärker geriet wegen der Hegemonie der einzig verbliebenen Weltmacht USA die Aufgabe in den Fokus, die „Militarisierung der Globalpolitik“ zu beenden „und die Möglichkeiten und Potentiale der zivilen Problem- und Konfliktbearbeitung“ zu stärken (S. 225).

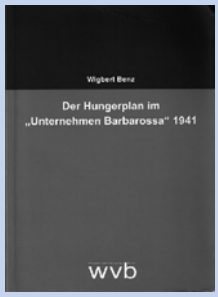
Andreas Buro engagierte sich in seinem Wohnort Grävenwiesbach im Taunus für dort lebende Flüchtlinge, gegen den Irakkrieg und mit der HCA (Friedenskarawane 1991) und dem Komitee (humanitäre Arbeit, „Ferien vom Krieg“ zur Verständigung zwischen Kindern aus Balkanländern) für eine grenzüberschreitende Friedensarbeit im ehemaligen Jugoslawien. Zusammen mit anderen aus der deutschen Friedensbewegung gründete er 1992 den Verein „Den Winter überleben“ (später: „Den Krieg überleben“), der bosnischen Flüchtlingen in Deutschland Zuflucht verschaffte.

Seine friedenspolitischen Arbeiten kritisierten einerseits die Ideologien zur Legitimation von Militär und Militärpolitik, skizzierten andererseits die Alternativen im Sinne einer Zivilen Konfliktbearbeitung. Das betrifft insbesondere die „Humanitären Interventionen“, Cimic, die Konflikte um den Iran, den türkisch-kurdischen Konflikt, den Afghanistan-Konflikt sowie den israelisch-palästinensischen Konflikt. Zu diesen vier Konflikten zeichnet er für aufklärende und meinungsbildende Dossiers verantwortlich.

Am Anti-Kriegstag 2008 erhielt Andreas Buro in Aachen den nationalen Aachener Friedenspreis.

Am Ende der Erinnerungen fasst Andreas Buro in einem Brief an seinen Freund Volker Böge zusammen, was ihn bei der Zivilen Konfliktbearbeitung umtreibt: „Aus meiner Sicht geht es bei ZKB um einen sehr breiten Sozialisationsprozess von konfrontativen zu kooperativen Verhaltensweisen, die Sicherheit und die wirksame Bearbeitung von Problemen ermöglichen. ZKB kann auf allen Ebenen von Konflikten gelernt und eingesetzt werden. Sie kann auf kulturelle, philosophische und religiöse Traditionen zurückgreifen. Sie hat sich bereits in der Innenpolitik der EU bewährt, leider noch nicht in ihrem Außenverhalten. Die Implementierung des ZKB-Konzeptes erfordert ständige Analysen und Strategieüberlegungen und die Auseinandersetzung mit den Ideologien und Begründungen für die angebliche Schaffung von Sicherheit durch Militär“ (S. 322).

Ulrich Frey war bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2000 fast drei Jahrzehnte Geschäftsführer der AGDF (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden).



Wigbert Benz: Der Hungerplan im „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2011, 86 Seiten, 16 Euro, 978-3-86573-613-0 (ISBN)

Der deutsche Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941, das „Unternehmen Barbarossa“, wurde im Kern als Vernichtungs- und Ernährungskrieg geplant. Zig Millionen Menschen sollten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion verhungern, um Nahrungsmittel für Wehrmacht und deutsche Bevölkerung frei zu machen. So sahen es die vor Beginn des Russlandfeldzuges in Görings Vierjahresplanbehörde ausgearbeiteten wirtschaftspolitischen Richtlinien vor. Wegen des gescheiterten Blitzkrieges konnten die Planungen nicht in vollem Umfang realisiert werden. Trotzdem verhungerten mehrere Millionen Menschen. Der Autor, Historiker und DFG-VK-Mitglied aus Karlsruhe, analysiert die dokumentarischen Grundlagen dieses Hungerplans und beleuchtet die Zustimmung Hitlers, Görings, Rosenbergs und Himmlers. Er fokussiert die Ergebnisse der internationalen Forschung zu diesem NS-Großverbrechen, das alleine in Leningrad eine Million Einwohner und mehr als zwei Millionen in deutschem Gewahrsam befindliche sowjetische Kriegsgefangene dem Hungertod auslieferte.

Ergebnisse des 16. Bundeskongresssses der DFG-VK vom 1. bis 3. Oktober in Leipzig

Von Stefan Philipp

Ein großes Treffen von PazifistInnen und AntimilitaristInnen ohne erbitterten Streit, ohne persönliche Verletzungen, mit eingehaltenem Zeitplan, in konstruktiver Athmosphäre ... in vielen der seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974 vergangenen Jahre hätte das jedenfalls nicht der Bundeskongress der DFG-VK sein können. Auf diesen jedoch, der Anfang Oktober stattfand, treffen diese positiven Charakterisierungen zu. 62 Delegierte aus allen Teilen der Republik kamen in Leipzig, um die Verbandspolitik zu beraten und Bundessprecherkreis und Verantwortliche für einzelne Arbeitsbereiche und Vertretungen in Bündnissen zu wählen.

Und um den reinen „Sitzungspazifismus“ zu durchbrechen, war für den zweiten Kongresstag eine öffentliche Aktion in der Leipziger Innenstadt vor dem Hauptbahnhof vorgesehen. DFG-VK-Fahnen waren dabei zu sehen und schöne Reden zu hören, die Leipziger Bevölkerung zeigte sich allerdings nicht wirklich interessesiert, kaum ein Passant blieb stehen.

Das Aktionselement kam dann aber doch nicht zur kurz, weil die meisten KongressteilnehmerInnen dann gemeinsam zum Messegelände fuhren, wo eine große Spielwarenmesse stattfand. Mit dabei – natürlich – die Bundeswehr mit einem großen Stand. Direkt daneben eine Modellbaugruppe der Reservistenkameradschaft, die das Kriegsspiel in einen riesigen Sandkasten verlegt hatten. Die Umzäunung bildete dann das ideale Aufhängungsmaterial für Fahnen und Transparente.

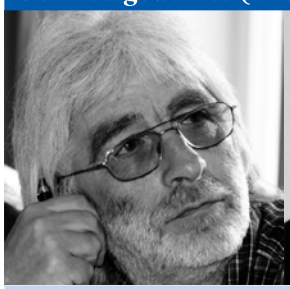
Dass die Bundeswehr nicht ungestört ihre Propaganda verbreiten konnte, viele MessebesucherInnen den Protest mit erlebten und teilweise gute Diskussionen zustande kamen, ließ die DFG-VK.Mitglieder zufrieden zu den Kongressberatungen zurückkehren.

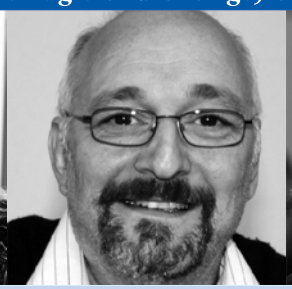
Antragsberatung

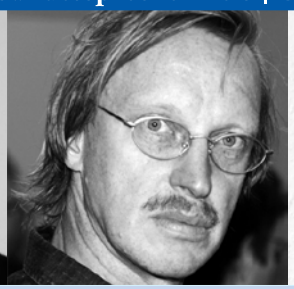
Die meisten Anträge wurden konstruktiv diskutiert und mit breiter Mehrheit verabschiedet, so z.B. die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an den Wehrmacht-Deserteur Ludwig Baumann oder die Unterstützung der DFG-VK für die Bewegung für Zivilklauseln an Hoschulen und Forschungseinrichtungen *(siehe die Beiträge dazu in dieser* **ZivilCourage***)*.

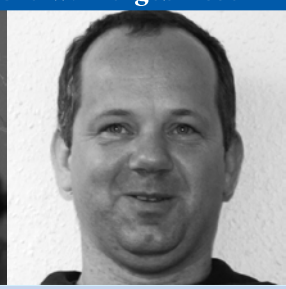
Für Nervenflattern sorgte bei den Initiatoren, ob ihr Antrag, dass die DFG-VK die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ als Trägerorganisation unterstützt, eine Mehrheit erhält. Grotesk eigentlich, ist diese Aktion doch auf Initiative der DFG-VK entstanden. Mittlerweile unterstützen über hundert Organisationen die Kampagne, Margot Käßmann ist Schirmherrin geworden (siehe Rückseite dieses Hefts), die **ZivilCourage** berichtete bereits in einer Titelgeschichte. Ziel der Kampagne ist eine Änderung des Grundgesetzes, mit der Rüstungsexporte verboten werden sollen. Allerdings: Selbst viele DFG-VK-Mitglieder haben Schwierigkeiten, die Unterschriftenaktion zu unterstützen.

Der neu gewählte (und zugleich bisherige) Bundessprecherkreis | Die Wahlergebnisse









	Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
Bernd Baier	42	6	2	84	(82)
Jürgen Grässlin	44	4	2	88	(90)
Wolfgang Menzel	30	15	4	61	(80)
Monty Schädel	48	2	2	92	(80)
Thomas Carl Schwoerer	37	6	6	76	(90)

Nicht, weil sie nicht gegen Rüstungsexporte wären. Sondern deshalb, weil dort nicht unmissverständlich gefordert wird, das Grundgesetz so zu ändern, dass Rüstungsexport verboten ist. Die Forderung richtet sich auf eine „klarstellende Ergänzung“ der Verfassung. Juristen mögen das verstehen, politisch und kampagnenmäßig handbar ist diese Forderung eher nicht und damit leider ein Beispiel, dass gute Ideen manchmal schlecht umgesetzt werden.

Der Antrag wurde schließlich ohne Gegenstimmen und bei lediglich vier Enthaltungen angenommen. Möge die Kritik dazu führen, dass sich das Bündnis entschließt, die Kampagne nicht unter juristischen, sondern unter politischen Aspekten zu fokussieren.

Nicht durchsetzen konnte sich der Landesverband Bayern mit seinem Antrag, das Logo der DFG-VK mit dem Namensschriftzug und dem zerbrochenen Gewehr zu ergänzen mit dem Zusatz „Die PazifistInnen“. Der Mehrheit der Delegierten des Verbandes, der ein pazifistisch-antimilitaristischer ist, wäre das wohl eine zu einseitige Hervorhebung der einen inhaltlichen Linie gewesen.

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-58966161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de ● **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt ● **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) ● **Druck:** UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 ● **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 ● **ISSN:** 1614-1954 ● **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. ● **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich ● **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. ● **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. ● **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. ● **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. ● **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. ● **Beilagen:** „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilauflage) ● **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 9. Mai. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2012, Redaktionsschluss ist der 22. Januar 2012.

Wahlergebnisse

Marion Küpker
Internationale Koordinatorin gegen Atom- und Uranwaffen

Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
48	1	3	92	(95)

Guido Grünewald
Internationaler Sprecher

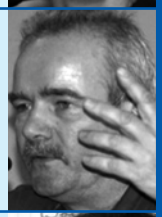
Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
50	2	0	96	(92)

Roland Blach
Vertretung im Trägerkreis atomwaffenfrei – jetzt

Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
52	0	0	100	(100)

Stephan Brües
Vertretung beim Bund für Soziale Verteidigung

Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
46	1	2	94	(92)

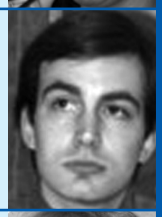


Tommy Rödl
Kampagnenbeauftragter

Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
31	12	8	60	(87)

Cecil Arndt
Vertretung im Europäischen Antimilit. Netzwerk

Ja	Nein	Enth.	%
39	9	4	75



Stephan Möhrle
Vertretung bei der „Aktion Aufschrei“

Ja	Nein	Enth.	%
41	5	5	80

Stefan Philipp
ZivilCourage

Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
52	0	0	100	(83)

Monty Schädel
Pol. Geschäftsführer

Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
47	3	2	90	(93)

Homepage

Ja	Nein	Enth.	%
45	3	3	88

Kassenrevisoren	Ja	Nein	Enth.	%	(% 2009)
Michael Sünner	47	2	2	92	(73)
Manfred Diebold	49	0	1	98	(85)

Fotos: auf S.24/25: Stefan Philipp, Dorothée Hoss

Fotos: Stefan Philipp

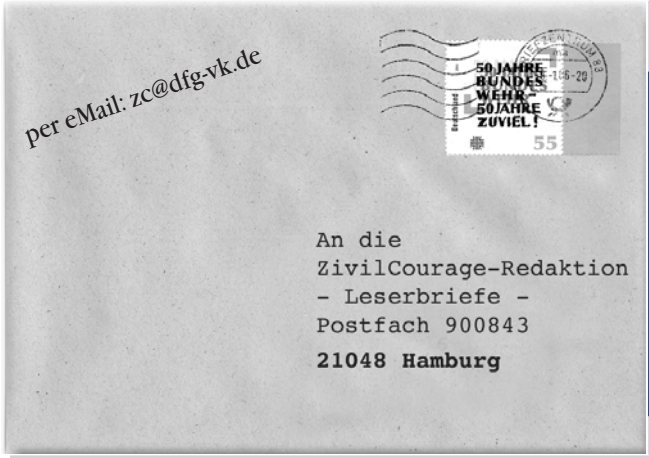
Wahlen

Die bisherigen Bundessprecher, Verantwortlichen und VertreterInnen kandidierten erneut und wurden sämtlich in ihren Ämtern wiedergewählt *(siehe Kästen).* Neu hinzugekommen sind zwei jüngere Aktive: Cecil Arndt wurde als Vertreterin der DFG-VK beim Europäischen anttimilitaristischen Netzwerk gewählt. Dieses wurde m letzten Sommer auf dem internationalen antimilitaristischen Aktionscamp „War starts here“ in Schweden gegründet *(siehe den Bericht in dieser* **ZivilCourage***).* Cecil ist bei der Kölner Initiative *Bundeswehr wegtreten!* engagiert und seit einem Jahr Mitglied der DFG-VK.

Als Vertreter bei der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ wurde Stephan Möhrle gewählt, der bereits seit einigen Jahren auch Mitglied im baden-württembergischen DFG-VK-Landessprecherkreis ist.

Der Bundeskongress in Leipzig war damit insgesamt ein erfreuliches und erfolgreiches Treffen. Wenn es gelingt, dass die unterschiedlichen Strömungen in den nächsten zwei Jahren so konstruktiv zusammenarbeiten, könnte die Vielfalt der DFG-VK wieder attraktiver für mehr Menschen werden.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der **ZivilCourage**.



BRIEFE

LeserInnenbriefe sind immer willkommen . Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor.
Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der **ZivilCourage** wieder.

ZivilCourage-Graphik

Zur Diskussion über „Schulfrei für die Bundeswehr“

Der Freiburger „Runde Tisch“ über *Schulfrei für die Bundeswehr* kommt in seiner 4. Sitzung zu dem Schluss: „Gemeinsame Termine mit Jugendoffizieren sind nicht sinnvoll, für die Friedensbewegung auch nicht zu leisten.“

Mit eigenen Erfahrungen im Faust-Gymnasium in Staufen kann ich die entgegengesetzte Position begründen.

Keine Frage, die Kooperationsabkommen der Kultusminister mit der Bundeswehr gehören auf den Müll, schon allein aus zwei Gründen:

1. Sie kamen zustande ohne Beteiligung der Berufsverbände der Lehrer. Das ist Obrigkeitsstaat à la 19. Jahrhundert.

2. Bei der dringend angesagten Reform der Lehrerausbildung können Militärs am allerwenigsten helfen. Es hapert in unseren Schulen an Interesse und Fähigkeit der Lehrer zur Erfolgskontrolle und Erfolgssicherung und überhaupt an sozialer Kompetenz.

Aber eine Forderung, die Einladung an die Bundeswehr zu ersetzen durch ein Verbot, wäre genau so daneben.

Wenn Friedenserziehung in unseren Schulen gelingen soll, dann hat sie nur eine Chance: Lehrer, die ihre pädagogische Freiheit mit Verantwortung nutzen, nicht nach Konferenzbeschlüssen fragen und sich nicht um die Meinung ihres Schulleiters kümmern und schon gar nicht um die eines Ministers.

Diese Lehrer müssen wir als Gesprächspartner gewinnen mit einem guten Angebot von Material und Referenten. Wenn sie mit ihren Schülern, vielleicht auch mit den Eltern, Fragen der Berufswahl beraten, ist auch ein Beschluss denkbar, die Bundeswehr einzuladen. Das müssen wir Pazifisten aushalten im Respekt vor selbstbestimmten Entscheidungen.

Und wenn wir eingeladen werden, mit einem Jugendoffizier auf dem gleichen Podium zu sitzen, ist es geradezu sträflich, diese Chance nicht zu nutzen. Freilich geht das nur mit drei Voraussetzungen:

1. Man hat vorher in einem persönlichen Gespräch mit dem Klassen- oder Kursleiter sich über Vorbereitung und faire Moderation einigen können.

2. Man ist selbst vorbereitet. Das Thema „Afghanistan“ ist ja unausweichlich. Die Liste der Kenner des Landes, die dort selbst zum Teil Hochrespektables geleistet und in Büchern berichtet haben, ist lang genug: Rupert Neudeck, Karla Schefter, Jürgen Todenhöfer, Reinhard Erös, Peter Scholl-Latour, Christoph Hörstel. Sie kommen übereinstimmend zu einem vernichtenden Urteil über das, was Isaf und „Enduring Freedom“ in dem geschundenen Land anrichten.

3. Man berichtet ausführlich über die zwei deutschen Hilfsorganisationen für schwer traumatisierte Afghanistan-Veteranen, die „Deutsche Kriegsopferfürsorge“ des Oberstleutnants a.D. Andreas Timmermann-Lavans und über die Selbsthilfe-Organisation „Scarabäus“ des Sanitätshauptmanns a.D Heinz Sonnenstrahl.

Fazit: Unterlegenheitsbefürchtungen sind nicht angebracht. In jeder Schülergruppe gibt es etliche, die sich von Statusgehabe, Rangabzeichen und Medienaufwand nicht beeindrucken lassen. Der Herr Oberleutnant hat eine ähnliche Aufgabe wie ein Autoverkäufer, der ein Schrottauto hochjubeln muss. Alle, die auf die fetten materiellen Köder der Bundeswehr anbeißen wollen, erreichen wir sowieso nicht.

Günter Forst ist Mitglied der DFG-VK seit 1960 (damals IdK) und Mitglied des RüstungsInformationsBüros in Freiburg.

Nachruf auf Rüdiger Pusch

Der jahrzehntelange Aktive ist am 15. September im Alter von 62 Jahren verstorben

Rüdiger Pusch hat Zeit seines ganzen bewussten Lebens für den Frieden gearbeitet, trotz politischem Gegenwind oder Verzagtheit und Ermattung in den eigenen Reihen. Als ein Streiter für die Sache des Friedens ist er jetzt im Alter von 62 Jahren überraschend gestorben.

Geboren 1949 in Oberhausen kam Rüdiger schon zu Beginn seines Jurastudiums in München zur damaligen DFG-IdK und hat dann seit den frühen siebziger Jahren in Frankfurt am Main seine politische Arbeit der Friedensbewegung gewidmet, 40 Jahre hindurch. Er hat durch seine engagierte praktische Tätigkeit, durch gründlich reflektierte Überlegungen zur Perspektive und Strategie und durch seine theoretische Durchdringung vieler Aspekte des Pazifismus immer wieder bedeutsame Impulse gegeben: in der Arbeit der DFG-VK, als langjähriger Redakteur der „antimilitarismus information“, durch die Gründung des „Antimilitaristischen Buchversands“, der etliche Jahre lang von Frankfurt aus wirkte, und im Netzwerk Zivile Konfliktbearbeitung. Als Rechtsanwalt hatte er insbesondere Kriegsdienstverweigerer vertreten und viele Antragsteller mit hohem Einsatz und Wissen zum Erfolg geführt.

Rüdiger, der sich später auch zum Mediator fortbildete, hat jahrelang aktiv an der vom Komitee für Grundrechte und Demokratie organisierten Aktion „Ferien vom Krieg“ mitgewirkt, die Kindern aus von Krieg und Hass verwüsteten Gebieten unbeschwerte Wochen der Erholung ermöglichte.

Foto: Hans Günter Contzen

Besonders eingesetzt hat er sich bei der Begegnung zwischen israelischen und palästinensischen Jugendlichen – zuletzt in diesem Sommer auf einem von japanischen Pazifisten organisierten „Friedensschiff“ bei einer Kreuzfahrt durchs Mittelmeer.

Rüdiger Pusch wird der Friedensbewegung und der DFG-VK fehlen: Vermissen werden wir seine Aktivität, seine Erfahrung und vor allem seinen analytischen Blick auf Zusammenhänge, sein Beharren auf Stringenz und Konsequenz des Denkens, auf „Unterscheidungen“.

DFG-VK-Gruppe Frankfurt am Main

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 8304600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

AKTION AUFSCHREI

Stoppt den Waffenhandel!

www.aufschrei-waffenhandel.de

Fotos: Mony Schädel, Sefan Philipp

Kein Frieden mit Rüstungsexporten

Margot Käßmann übernimmt Schirmherrschaft der Rüstungsexport-Kampagne

Margot Käßmann ist die neue Schirmherrin der Kampagne gegen Rüstungsexporte „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“. Seit dem Start der Kampagne im Mai ist das Bündnis auf mehr als 100 Organisationen gewachsen.

„Für mich wäre der geplante Export von 200 Kampfpanzern des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien ein fatales Signal gegenüber den Freiheitsbewegungen in der arabischen Welt. Die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Kriegsführung sowie zur innerstaatlichen Unterdrückung an diktatorische Regime ist nach meiner Überzeugung ein permanenter Skandal deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik, das sehen auch die beiden christlichen Kirchen mit ihrem GKKE-Bericht so. Um unser Ziel des grundsätzlichen Verbots des Waffenhandels zu erreichen, brauchen wir das breite gesellschaftliche Bündnis dieser Kampagne“, begründet Margot Käßmann ihr Eintreten für die Kampagne.

„Mir ist unbegreiflich, dass Deutschland Waffen in Staaten liefert, in denen die Menschenrechtslage schlecht ist. Das widerspricht dem Eintreten für die Menschenrechte. Wie sollen wir das denjenigen vermitteln, die sich im eigenen Land für Freiheit und Menschenrechte engagieren?“, betont die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende und Landesbischöfin.

Die im Sommer 2011 gegründete Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ ist das bislang breiteste Bündnis gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern aus Deutschland. Ziel ist die Ergänzung von Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach der Export von Waffen und Rüstungsgütern grundsätzlich verboten werden soll.

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK